

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie-Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheinungswöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 M. Anzeigenpreis die 6 Geplatt. Colonetzelle für Arbeitsgesuche 75 Pf., Geschäfts- und Privatanzeigen 1 M.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Anzeigen und Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten

Edel sei der Mensch . . .!

„Es ist groß, einige Menschenherzen ein wenig weiser, männlicher, glücklicher zu machen.“ (Charthle.)

Überall wird gekammert über die „verborgene, schlechte Welt.“ Manche erheben so laute Klagen, daß man glauben sollte, die Menschheit sei eine Gesellschaft von Bösewichtern. Und doch läßt sich das Gute trotz aller Güttaufdungen und alles bösen Schelms nicht abtun. Die edelsten Metalle werden aus der Tiefe der Erde herausgehoben, und unter Schlägen verbringt sich das kostbare Gestein dem unkundigen Auge und der unkundigen Hand.

Es gibt kaum einen Menschen, der nicht in der Tiefe seines Innern eine Anlage zu irgend einer Tugend birgt. Wenn sie dem Träger unbewußt bleibt, und von anderen nicht entdeckt wird, kommt sie nicht zur Entfaltung und verkümmert. Unilbersehbar Reichthümer an Weisheit, Kraft und Güte können an die Öffentlichkeit gebracht werden, wenn jeder ein geschickter Bergknappe sein wollte, der es sich zur Lebensaufgabe machte, in sich und anderen Goldkörner des Guten zu suchen.

Doch in einem Tage läßt sich die Menschheit nicht umwandeln; dieser langwierige Prozeß muß durch Einzelarbeit eingeleitet werden. Überall gibt es Menschen die einen ausgeprägten Sinn für das Gute haben, die mit scharfem Blicke die geringsten Ansätze zur echten Lebensweisheit, zur männlichen Kraft, zu einem Glückvermögen jenseits der Sinnenfreuden wahrnehmen. Diese müssen sich Wege zum Innersten ihrer Mitmenschen bahnen, um diese auf jede Weise anzuregen, sich frei zu machen von dem nach unten ziehenden Bespötte der Oberflächlichkeit und Leichtsinnigkeit. In manchen regt sich dann und wann das Gute, aber der Mut fehlt, weiser, besser, männlicher zu leben als die Wüsten. Um dem Gespötte zu entgehen, scheuen sie sich, aus zweifelhafter Gesellschaft ferne zu bleiben, die freien Stunden der eigenen Fortbildung zu widmen, inneren Wert äußerem Glanze vorzuziehen. Da gilt es, diesen Jagenden durch Wort und Beispiel Lust und Kraft einzupflücken, schwärmende Wünsche zu beständigem Streben umzuformen. Mit dem ersten starken Wollen zum Guten ist auch schon fester Fuß gefaßt auf dem Wege zur Höhe. Ehre allen Edlen, die sich entschließen, die Mitmenschen ihrer Umgebung auf diesen Weg zu führen und darauf weiter zu treten!

Christliche Arbeiterkraft und Reichsversicherungsordnung.

Essen, den 11. Juni 1911.

Die christlichen Gewerkschaften Essens hielten heute eine von 3000 Personen besuchte Massenversammlung ab, um Stellung zu nehmen zur Reichsversicherungsordnung. Kollege Abgeordneter Becker (Arnsberg) hatte bekanntlich schon im Reichstag die Sozialdemokratie zu einer Auseinandersetzung über die Reichsversicherungsordnung nach Essen eingeladen. Diese Auseinandersetzung fand inessen heute nicht statt. Die Essener Sozialdemokratie hatte vielmehr eine Sonderversammlung veranstaltet mit den Herrn Abg. Schmidt (Berlin) und Sachse (Wohum) als Referenten. Die sozialdemokratische Versammlung war, trotzdem zu ihr eine ungeheure Klame gemacht worden war, von kaum 2000 Personen besucht.

Die Versammlung der christlichen Gewerkschaften gestaltete sich zu einer einmütigen und spontanen Vertrauenskundgebung für die von der Sozialdemokratie so heftig angegriffenen, aus der christlichen Arbeiterbewegung hervorgegangenen Abgeordneten. In der Versammlung sprachen Kollege Generalsekretär Stegerwald (Köln) über die äußere Situation bei Gestaltung der Reichsversicherungsordnung, während Kollege Abg. Becker (Arnsberg) sich über die Einzelheiten des Gesetzes verbreitete.

Generalsekretär Kollege Stegerwald führte u. a. aus: Die Reichsversicherungsordnung ist eines der größten Gesetzgebungswerke, die den deutschen Reichstag während seiner vierzigjährigen Wirksamkeit beschäftigt haben. Und bei Gestaltung und Verabschiedung großer Gesetzgebungswerke stellen sich in Deutschland stets große Schwierigkeiten in den Weg. Zunächst stellt das Deutsche Reich ein anderes Staatsgebilde dar, als etwa England, Frankreich, Italien u. Hier hat man es mit Einheitsstaaten zu tun. Das Deutsche Reich dagegen setzt sich zusammen aus 26 Bundesstaaten. Weiter wird in den genannten Staaten die Regierung gebildet aus den Mehrheitsparteien. Die verbündeten Regierungen des Deutschen Reiches werden dagegen gebildet aus Vertretern der 26 Bundesstaaten. Daß es viel schwieriger ist, innerhalb dieser Körperlichkeit eine Einigung über ein großes Gesetzgebungswerk zu erzielen, als innerhalb einer aus einer einzelnen Partei oder auch aus mehreren Parteien gebildeten Regierung, ist ohne weiteres klar.

Dann finden wir in Deutschland ein außerordentlich zersplittertes Parteiwesen

cor. Zu jedem Gesetzgebungswerk ist eine Mehrheit notwendig. Dazu bedarf es häufig vier oder gar fünf Parteien. Nach vier- oder fünferlei Grundrissen läßt sich aber kein Gesetzgebungswerk gestalten. Und so bleibt keine andere Möglichkeit, als die Vereinbarung von Kompromissen, bei denen dann selbstverständlich jede Partei mehr oder weniger von ihren Anschauungen ablassen, Forderungen zurückstellen, Konzessionen machen muß.

Bei der Gestaltung der Reichsversicherungsordnung war die Bildung einer festen Mehrheit besonders schwierig aus den verschiedensten Gründen.

1. Besteht schon seit Jahren unter den bürgerlichen Parteien, die früher zusammenwirkten, eine außerordentlich große gegenseitige Abneigung und Entfremdung. Daß unter solchen Umständen die Parteien nur sehr schwer dafür zu gewinnen sind, sich gegenseitig Konzessionen zu machen, ist zu verstehen.

2. Ist es viel leichter, für je ein einzelnes Gesetz eine Mehrheit zu finden, als für die gleichzeitige Reform mehrerer, tiefer in das Volksleben eingreifender Gesetze. Ich habe vor einigen Jahren einmal auf der Kölner Handelsschule eine Reihe von Vorträgen über das Versicherungswesen gehört. Und ich muß gestehen: Je tiefer ich mit den Einzelheiten und Schwierigkeiten hinsichtlich der Zusammenfassung der drei Arbeiterversicherungsgesetze vertraut wurde, um so skeptischer stand ich bei diesbezüglichen Forderungen gegenüber. Kenner der Arbeiterversicherungsmaterie und der parlamentarischen Schwierigkeiten haben schon seit Jahren vorausgesagt, daß bei dem erstmaligen Versuch zur Zusammenfassung der Arbeiterversicherungsgesetze in materielle Hinsicht nicht sehr viel herauskommen könne.

Weiter ist zu beachten, daß die verbündeten Regierungen größere Gesetzgebungswerke

nicht aus den Händen einer Zufallsmehrheit

annehmen. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen sind die verbündeten Regierungen zur Erledigung der hauptsächlichsten Staatsgeschäfte auf die Parteien der Mitte und der Rechten angewiesen. Diese bewilligen der Regierung den Staatshaushalt, die Bedürfnisse auf dem Gebiete des Kolonial-, des Militär- und des Marinewesens u. c. Nun ist es vollständig ausgeschlossen, daß etwa eine Regierung mit den Mittel- und Rechtsparteien gegen die Linksparteien die Staatsgeschäfte erledigen und mit den Linksparteien gegen die Rechtsparteien fortgeschrittliche Sozialpolitik machen könnte. Ein solches Doppelspiel ist bei großen Gesetzgebungswerken eine Unmöglichkeit. Damit würde sich jede Regierung zwischen zwei Stühle setzen. Politische Geschäfte werden vielmehr in der Hauptsache im ganzen gemacht. Weil aber die Sozialdemokratie den Haushalt prinzipiell ablehnt, schafft sie sich bei allen großen Gesetzgebungswerken von selbst aus. Damit liefert sie die Sozialpolitik der Regierenden Beeinflussung durch die Reaktion aus. Dem Kollegen Becker hat diese Situation absolut nicht behagt; er hat bei der ersten und teilweise auch bei der zweiten Lesung der Reichsversicherungsordnung in der Kommission öfter gegen seine eigenen Parteifreunde gestimmt. Er sagte sich aber zum Schluß: was läßt mir eine Mehrheit mit den Links- und Oppositionsparteien, die die schönsten Beschlüsse faßt, die aber lediglich auf dem Papier stehen bleiben, keine Gesetzeskraft erlangen und an dem „Unannehmbar“ der verbündeten Regierungen scheitern! Damit kann die Arbeiterkraft praktisch nichts anfangen. Und so haben sich der Kollege Becker und die übrigen Mitglieder der christlichen Gewerkschaften (Behrens und Schürmer), die der Reichsversicherungsordnungskommission angehörten, mit einer unermesslichen, ihnen unangenehmen Situation abgefunden.

Auf dem Kölner Gewerkschaftskongreß habe ich den Ausspruch getan: „Ich habe in den letzten Wochen geradezu einen Wüsten vor der Politik bekommen.“ Die Sozialdemokratie hat damals geglaubt, diesen Ausspruch schwer ausbeuten zu können. Ich unterstreichte diesen Ausdruck heute wieder. Das politische Intrigenspiel hinter den Kulissen muß eheliche Naturen mitunter anekeln.

Ueber Motive wird bekanntlich nicht abgestimmt.

Und so kann man es häufig erleben, daß Parteien ihnen unympathische Gesetze dadurch zu Fall zu bringen suchen, daß sie die volkfreundlichsten Anträge stellen, dadurch Verwirrung anrichten und die Parteien, die zu einer Mehrheit notwendig sind, auseinanderzusprenken. Wie's gemacht wird, dafür nur ein Beispiel. Die „Frankfurter Zeitung“ vertrat bei der Reichsversicherungsordnung den Standpunkt der Unberührt der Freisinnigen Volkspartei, die gegen das Gesetz stimmte. In Nr. 142 (23. Mai Abendblatt) war daher zu lesen: „Die Mehrheit hat in der Tat Anlaß zu einer gewissen Freude, denn sie hat ihren Willen vom Anfang bis zum Ende durchgesetzt. Ob diese Freude dauernd sein wird, das wird sich noch zeigen, denn es ist nicht anzunehmen, daß es einer Partei oder Parteiengruppe schließlich zum Vorteil gereicht, wenn sie eine ernste Sache zu einer Komödie macht. . . . Eine Beratung hat doch offenbar den Zweck, eben zu beraten, sich gegenseitig auszusprechen, ob das, was vorliegt, gut oder geändert werden müsse, und wie hat zur Voraussetzung, daß man bereit sei, sich überzeugen zu lassen und eventuell Änderungen anzunehmen. . . . Aber dennoch muß wenigstens im allgemeinen der Wille vorhanden sein, sich nicht gegen gute Argumente zu verschließen und zweckmäßige Vorschläge anzunehmen, denn sonst hat doch die Beratung keinen Sinn und Zweck und wird zur Komödie. So war es aber bei der Mehrheit des Reichstags. Sie war von vornherein entschlossen, die Beschlüsse der Kommission aufrecht zu erhalten, und hat das mit tadelloser Konsequenz durchgeführt.“

Einen Tag später (24. Mai Nr. 143 Abendblatt) schrieb die gleiche „Frankfurter Zeitung“ bei Erledigung des Verfassungsgesetzes für Elsaß-Lothringen, das sie angenommen wissen wollte, das folgende: „Der Reichstag hat gestern in zweiter Lesung das Verfassungsgesetz für Elsaß-Lothringen durchberaten und die

einzelnen Paragraphen nach den Beschlüssen der Kommission angenommen; unter Ablehnung aller Änderungsanträge, die in ihrer großen Mehrzahl dem taktischen Zweck dienen sollten, Verwirrung zu schaffen und so das ganze Werk zu gefährden. Aber die von Bebel bis Turtzen reichende Mehrheit war entschlossen, durch kein noch so geschickt inszeniertes Zwischenspiel sich von der eigentlichen Handlung ablenken zu lassen, und so konnte am Abend dieses ersten Schöpfungstages der Reichstag befriedigt auf sein Werk blicken.“

Am 23. Mai muß also bei Beratungen von Gesetzen im Plenum des Reichstages der Zweck verfolgt werden, „sich gegenseitig auszusprechen, ob das, was vorliegt, gut oder geändert werden müsse. . . . denn sonst hat doch die Beratung keinen Sinn und wird zur Komödie“, während am 24. Mai es dem Reichstag zur Großtat angerechnet wird, daß er „die einzelnen Paragraphen nach den Beschlüssen der Kommission angenommen, unter Ablehnung aller Änderungsanträge“ und daß die Mehrheit entschlossen war, „durch kein noch so geschickt inszeniertes Zwischenspiel sich von der eigentlichen Handlung ablenken zu lassen.“ So wird an einem Tage verflucht, was am anderen Tage angebetet wird.

Die Reichsversicherungsordnung hat seit vielen Jahren die Öffentlichkeit und mehr als ein Jahr lang die gesetzgebenden Körperschaften beschäftigt.

Die einzelnen Parteien haben ihre Sachverständigen in eine 28gliedrige Kommission entsandt. Diese Kommission hat nahezu ein ganzes Jahr lang mit kleinen Unterbrechungen getagt. Nach dem Vorausgegangenem war es eine Selbstverständlichkeit, daß nicht mehr im Plenum des Reichstages über hunderte von Anträgen ernsthaft verhandelt werden konnte.

Die Sozialdemokratie, die diese Anträge meist stellte, verfolgte damit lediglich zweierlei: sie wollte sich einmal als den einzigen Anwalt der Lohnarbeiter aufspielen, und weiter sollten durch ihre Anträge die Mehrheitsparteien auseinandergeprengt und so die Reichsversicherungsordnung zu Fall gebracht werden. Die aus der christlichen Arbeiterbewegung hervorgegangenen Abgeordneten haben sich auf diese Wankspur nicht eingelassen, sondern sie haben für das gestimmt, wofür sich zum Schluß in der Kommission eine Mehrheit zusammengefunden hatte. Die Reichsversicherungsordnungsmehrheit war ohnehin nur mit außerordentlich großen Mühen zusammengehalten.

Wenn die christlichen Arbeiterabgeordneten, nachdem sie überzeugt waren, daß sachlich nicht mehr herauszuholen war, im Plenum des Reichstages etwa aus Popularitätshäuferei oder um sich an

unangenehmen Situationen vorbeizudrücken

von der Mehrheit abgeordnet und für verschiedene sozialdemokratische Anträge gestimmt hätten, so hätten sich mit dem gleichen Recht andere Gruppen ebenfalls an dem Vereinbarten nicht mehr gehalten, und die Reichsversicherungsordnungsmehrheit wäre glatt auseinandergefallen. Die Kraftwerke, die die sozialdemokratische Presse gegen die christlichen Arbeiterabgeordneten, die gegen die sozialdemokratischen Anträge stimmten, gebraucht, sind denn auch von der christlichen Arbeiterkraft nicht ernst genommen worden. Das 14 Tage andauernde Theater, das in der sozialdemokratischen Presse gespielt wurde: „abgelehnt von den Kompromissparteien“, „abgelehnt von sämtlichen bürgerlichen Parteien“, hat auf die christliche Arbeiterkraft keinerlei Eindruck gemacht.

Wenn die Reichsversicherungsordnung in absehbarer Zeit Gesetz werden sollte, dann mußte sie 1. gemacht werden mit den Parteien der Mitte und der Rechten; 2. sie mußte gegenwärtig gemacht werden. Ob aus diese Situation gefaßt oder nicht gefaßt, ist eine andere Frage. Tatsache bleibt, daß eine von den Mittel- und Linksparteien gestaltete Reichsversicherungsordnung

keinerlei Aussicht hatte, Gesetzeskraft zu erlangen.

Es war vollständig ausgeschlossen, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Regierung einem Gesetzgebungswerk, das 7 Millionen Landarbeiter, Dienstboten, Heimarbeiter u. d. d. gezielten Krankenversicherung neu unterstellt, ihre Zustimmung erteilt hätte gegen die Parteien der Rechten. Wer Entgegengesetztes behauptet, sagt entweder die Unwahrscheinlichkeit oder aber es fehlt ihm jebwedes politische Augenmaß. Jahraus, jahrein hegt die Sozialdemokratie ihre Anhänger aus gegen den gewaltigen Einfluß der „Juncker“ im Staatsleben, der gebrochen werden müsse; und bei dem Kampf um die Reichsversicherungsordnung will die gleiche Sozialdemokratie den christlichen Arbeitern plausibel machen, daß u. a. die Einbeziehung der Landarbeiter in die Krankenversicherung gegen die „Juncker“ erreichbar gewesen wäre. Ein solches Beispiel ist das Entgegengesetzte von geistreich; es ist herzlich dumm.

Weiter wurde die Anschauung vertreten, die Reichsversicherungsordnung hätte für den

dennächst neu zu wählenden Reichstag

respektiert werden sollen, der sie dann arbeiterfreundlicher gestaltet haben würde. Wer solches behauptet, stellt sich in Gegenjah zu den Tatsachen und der Geschichte der deutschen gezielten Sozialreform. Wie steht es mit der Wirklichkeit? Wenn die Reichsversicherungsordnung nicht zustande gekommen wäre, lag nichts näher, als daß Preußen der gleichen Weg beschritt, den Bayern längst gegangen: es hätte

die Krankenversicherungspflicht der Landarbeiter und Dienstboten durch Landesgesetz geregelt. Glaubt man denn, daß etwa das „Dreiklassenparlament“ die Krankenversicherung für die Landarbeiter besser ausgestaltet haben würde, als es jetzt durch den Reichstag geschieht ist? Daran glaubt kein Mensch. Weiter: Wie steht es denn mit der Beschäftigung der deutschen Sozialreform?

Das Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherungsgebot wurde geschaffen während der Sozialistengesetzzeit von 1878—1890. Als 1890 das Sozialistengesetz aufgehoben war, hatte zweifellos Kaiser Wilhelm II. die ehrliche Absicht, den Lohnarbeitern den ihm zustehenden Platz in der Gesellschaft einzuräumen. Er hätte zweifellos auch den Mut und die Kraft gehabt, seinen Ideen entgegenstehende Schwierigkeiten auszuräumen. Es erschienen damals die Kaiserlichen Sozialreformer, es wurde die Berliner internationale Arbeiterkonferenz einberufen, Bismarck, der sich den Plänen des Kaisers hinsichtlich des Arbeiterschutzes widersetzte, und laut Monotonie des Ältesten Hofes die Sozialdemokratie mit Palanetten niederzuerstern wollte, bekam seine Entlassung, es wurden neugebildet und verabschiedet das große Arbeiterschutzgesetz (die Gewerbevorschriften), das Gewerbevertragsgesetz; das Krankenversicherungsgebot wurde verbessert. Als dann die Sozialdemokratie trotz ihrer antimonarchischen, revolutionären Ideen festhielt und bei den Reichstagswahlen 1893 dennoch größeren Zuwachs erhielt, schlug der Wind wieder um. Nun kam die Aera des Freiherrn von Stumm, die Entlassung des sozialgesinnten Ministers von Bismarck, die Umsturzvorlage, die sogenannte Judthausvorlage etc. Und was brachte uns dann der große Wahlsieg der Sozialdemokratie von 1903? Was hat denn der Reichstag von 1903 bis 1907 auf sozialpolitischem Gebiete geleistet? Nichts! Und dadurch, daß sich die bürgerlichen Parteien seit Jahren so schredlich unweis sind, winkt der Sozialdemokratie 1912 wieder ein größerer Wahlsieg. Daß deren Bäume in den Himmel wachsen, glaube ich allerdings nicht. Glaubt man denn, daß durch diese Wahlschlacht etwa eine

sozialreformfreundliche Stimmung

ausgelöst würde? Ausgeschlossen! Im Gegenteil je stärker die Sozialdemokratie wird, mit ihren derzeitigen doktrinären Grundrissen und ihrer gegenwärtigen politischen Taktik, desto einflussreicher werden im künftigen Reichstag die Scharfmacher. In dieser Situation hat dann eine Reichsversicherungsordnung gar keine Aussicht, dem Reichstage vorgelegt, geschweige denn arbeitserfreundlicher gestaltet zu werden. Die Reichsversicherungsordnung mußte also gegenwärtig gemacht werden. Die Sozialdemokratie ist ihrer alten Taktik treu geblieben: sie hat Anträge über Anträge gestellt und zum Schluß

ganze Gesetz abgelehnt.

Wie sie ehemals von „Bettelkuppenpolitik“ schwablonierte, so jetzt wieder von „Verhöhnung der Witwen und Waisen“. In Wirklichkeit werden in wenigen Jahren sowohl die Witwen und Waisen, wie auch die Armen der Arbeiter: die Heimarbeit, dem Gesetzgeber dankbar sein für das, was in den letzten Tagen geschaffen wurde. Ich habe es mir längst abgewöhnt, die sozialdemokratischen Schlagworte ernst zu nehmen. Noch in den neunziger Jahren des verfloffenen Jahrhunderts legte die Sozialdemokratie dem preussischen Landtag feierliche Bedeutung bei; diesen wollte man „verkaufen lassen“. Ein Jahrzehnt später dagegen inszenierte dieselbe Sozialdemokratie für das Wahlrecht des gleichen Landtags Straßenemonstrationen, und als sich die christlichen Arbeiter nicht daran beteiligten, wurden sie als „politisch unreife Elemente“, als „Verräter an der Arbeiterklasse“ beschimpft. 1906 wurde auf dem Genauer Parteitag der Sozialdemokratie der Antrag, die Altersrente möge schon nach dem fünfundsiebzigsten anstatt nach dem sechzigsten Lebensjahre gewährt werden; abgelehnt mit der Begründung, daß „es keine unglücklichere Forderung beim Alters- und Invalidenversicherungsgebot geben kann“, mit deren Verwirklichung „den Industriearbeitern der denkbar schlechteste Dienst erwiesen würde“, weil sie nur „auf eine Unterfütterung der Grundbesitzer hinauslaufen würde“. Jetzt schimpfen die Sozialdemokraten und ihre Blätter mit Aufbietung ihrer ganzen Lungenkraft über diejenigen Parteien und Abgeordneten, die einen Antrag ablehnen, dessen Durchführung nach Wollenbühr, dem sozialdemokratischen Fraktionsvorsitzenden, „nichts anderes als eine Belastung der Industriearbeiter zu Gunsten der Grundbesitzer“ im Gefolge hätte, „weil dadurch die Grundbesitzer eine erhebliche Ersparnis am Lohn haben würden“. Ja, heraus, ja, heraus hat die Sozialdemokratie geschimpft über die Bürokratie, die viel zu stark in die Krankenkassen hineintregere und dadurch deren Selbstverwaltung aufhobe; im Reichstag dagegen haben die Sozialdemokraten dem Staatssekretär Teilbrand jetzt Vorhaltungen gemacht darüber, daß die Aufsichtsbekörden die angeforderten Berichte der Krankenkassenbeamten seither nicht beanstanden hätten.

So fällt die Sozialdemokratie aus dem jetzigen Agitationsbedürfnis heraus von einem Extrem ins andere und diejenigen, die es ablehnen, den sozialdemokratischen Einfällen zu folgen, werden dann mit den bekannten Kraftausdrücken traktiert. Auf mich macht das sozialdemokratische Geschimpfe keinerlei Eindruck mehr.

Die Kollegen aus der christlichen Gewerkschaftsbewegung die dem Reichstage angehören, haben gegenüber der Reichsversicherungsordnung gehandelt, wie sie handeln mußten: sie haben dem Riesengesetzgebungsweitz, trotz seiner Mängel, zugestimmt. Sie haben zugestimmt aus der Erwägung heraus, daß 1. noch bei keinem Gesetzgebungsweitz alle Wünsche durchgesetzt werden konnten, und 2. daß die ersten Verbesserungen schwerer wiegen, als die angeblichen Verschlechterungen, die mit in den Kauf genommen werden mußten. An Errungenschaften sind insbesondere zu bemerken:

1. Die Einbeziehung von ca. 7 Millionen Landarbeiter, Diensthöten, Heimarbeiter etc. in die Krankenversicherung.
2. Die Mehrleistungen, die die Reichsversicherungsordnung bringt, werden auf einen Betrag zwischen 150 und 200 Millionen Mark geschätzt. Damit erreichen die jährlichen Leistungen der deutschen Arbeiterversicherung in einigen Jahren rund 1 Milliarde oder täglich rund 3 Millionen Mark.
3. Es wurde die Witwen- und Waisenversicherung neu eingeführt. Die Renten sind einstweilen zwar noch knapp bemessen, aber auch dieser Versicherungsbeitrag wird im Laufe der Jahre seinen Ausbau erfahren, wie dieses bei den übrigen Versicherungszweigen der Fall war.
4. Erhöhung der Invalidenrenten durch Einführung der Kinderrenten für solche Invaliden, die Kinder unter 15 Jahren zu ernähren haben.

Den aus unserer Bewegung hervorgegangenen Abgeordneten, insbesondere dem Sozialen Beder gebührt der aufrichtige Dank für

ihre mühevolle, verbengerrüttende Arbeit, die sie in den letzten Wochen unter sehr schwierigen Verhältnissen geleistet haben.

Auf die Ausführungen des Kollegen Beder kommen wir in nächster Nummer zurück. Beide Redner ernteten mit ihren Ausführungen stürmischen Beifall. Beifolgende Resolution wurde von der Massenversammlung einstimmig angenommen:

Resolution

Die heute im überfüllten Saale des Kriegerheims zu Essen tagende, von 3000 Personen besuchte Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen der Referenten vollständig einverstanden. Sie erkennt an, daß insbesondere die aus der christlichen Arbeiterbewegung hervorgegangenen Abgeordneten die denkbar möglichsten Anstrengungen machten, um für die Arbeiter herauszufinden, was möglich war. Die Versammlung protestiert gegen die Anpöbelungen und Beschimpfungen mit denen die sozialdemokratische Partei in den letzten Wochen die christlichen Arbeiterabgeordneten traktierte.

Die Reichsversicherungsordnung bringt gegen den bisherigen Zustand eine Reihe von Verbesserungen, als welche besonders zu bemerken sind:

1. Die Einbeziehung von ca. 7 Millionen Landarbeiter, Diensthöten, Heimarbeiter usw. in die Krankenversicherung.
2. Die Mehrleistungen, die die Reichsversicherungsordnung bringt, werden auf einen Betrag von 150—200 Millionen Mark geschätzt. Damit erreichen die jährlichen Leistungen der deutschen Arbeiterversicherung in einigen Jahren rund 1 Milliarde oder täglich rund 3 Millionen Mark.
3. Es wurde die Witwen- und Waisenversicherung für 15 Millionen Personen neu eingeführt. Die Renten sind einstweilen zwar noch knapp bemessen, aber auch dieser Versicherungsbeitrag wird im Laufe der Jahre ebenso seinen Ausbau erfahren, wie dieses bei den übrigen Versicherungszweigen der Fall war.
4. Erhöhung der Invalidenrenten durch Einführung der Kinderrenten für solche Invaliden, die Kinder unter 15 Jahren zu ernähren haben.

Der Sozialdemokratie stand ihrem Verhalten zufolge die feierliche sozialdemokratische Sinecurenwirtschaft in den Krankenkassen höher, als die Wohltaten, die den Armen der Arbeiter, den Heimarbeitern und Landarbeitern aus der Reichsversicherungsordnung erwachsen. Die Versammlung verurteilt diese Haltung der Sozialdemokratie auf das entschiedenste; spricht ihren im Reichstage tätigen Kollegen für ihr Verhalten bei Schaffung der R.-V.-D. herzlichsten Dank und volles Vertrauen aus.

Arbeiterbewegung und Sozialdemokratie.

Auf dem diesjährigen Delegiertentag des Gesamtverbandes der Evangelischen Arbeitervereine Deutschlands, der am 6. Juni in Leipzig seinen Anfang nahm, sprach Herr Prof. Dr. von Wendt über obiges Thema. Da die sehr beachtenswerten Ausführungen des bekannten Dresdener Nationalökonom und Universitätslehrers wohl weitere Kreise unserer Verbandsmitglieder interessieren dürften, lassen wir sie nachstehend in dem uns von geschätzter Seite übermittelten Wortlaut folgen:

Die parteilose Stellung, mir geleitet durch den Wunsch, an der Hebung der gesamten Volkskraft mitzuarbeiten, führt in unserer Zeit zu einem bestimmten Appell an alle Arbeiter und Arbeiterorganisationen, welche nicht sozialdemokratisch sind, insbesondere an die Delegierten des Gesamtverbandes der Evangelischen Arbeitervereine Deutschlands. Er ergibt sich als gebieterische Forderung aus dem Charakter und der voranschreitenden Entwicklung unserer Zeit. Die nahe bevorstehende Reichstagswahl legt eine Prüfung nahe, ob ihr Ergebnis ein erfreuliches sein wird. Wahrscheinlich nicht! Denn entweder wird die Sozialdemokratie eine große Anzahl Mandate gewinnen, oder, wenn die Wahlschlüssigkeiten dieses verhindern, doch enorme Massen von Wählerstimmen auf sich vereinigen. So wird der tiefe Zwiespalt unseres Staats- und Volkslebens wieder offenbar werden: Die offizielle Welt des Staates, der Wirtschaft, der Gesellschaft steht inmitten einer Volksmasse, welche systematisch zu Haß und Verachtung gegen die offizielle Welt durch die Sozialdemokratie gebracht worden ist. Haß und Verachtung hat die Sozialdemokratie in den Massen erziehen können. Zum Zusammenbruch von Staat und Gesellschaft um 1900 ist es auch nicht gekommen — und es wird nicht kommen! Die Rechts- und Sittenordnung ist übermächtig stark. In ihr hat sich in den letzten Jahrzehnten eine Entwicklung befesigt, welche in Kombination mit der Sozialdemokratie zu einer Gefahr für die Entwicklung der Arbeiterklasse und damit für die Entwicklung der Menschheit werden kann.

Natürlich gibt es in Staat und leitenden Schichten der Gesellschaft egoistische und materialistische Tendenzen. Sie herrschen aber im deutschen Reich nicht. Die Herrschaft hat ein mannigfaltig ausgestatteter Idealismus der Starken und Mächtigen; man weiß zu wirksamen, zu regieren und zu leben! Der materielle Fortschritt ist ein ungeheurer. Als Einschlag ist die auf die Hebung der Arbeiterklasse berechnete Sozialpolitik in Angriff genommen. — Umgekehrt hat der Realismus sich im Sozialismus und der Sozialdemokratie erheblich verflüchtigt und weicht in der Praxis der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung aller Art einem sich vordrängenden harten Klassenegoismus und Materialismus. Wenn vor 30 Jahren beim Beginn der Sozialpolitik Besorgnis vor der Sozialdemokratie mitgespielt hat, — wofür die Sozialdemokratie einen gelegentlichen Anspruch Bismarcks als Zeugnis verwendet — so hat Staat und Gesellschaft die Situation damals sich zur Warnung werden lassen und hat sich enorm gestärkt. Nicht nur wird oben überall gearbeitet, sondern die obere Schicht vom Fürsten bis zum kleinsten Unternehmer und kleinsten Beamten und Angestellten — die ganze von der Sozialdemokratie als „reaktionäre Masse“ bezeichnete staatliche und bürgerliche Gesellschaft hat es verstanden, in der ungeheuren Mehrzahl ihrer Persönlichkeiten — Männer wie Frauen — arbeitsfähige Persönlichkeiten, hochgeschulte, moralisch hochstehende Arbeitskräfte zu schaffen.

Ein Sieg der Sozialdemokratie ist ganz undenkbar. Staat und bürgerliche Gesellschaft sind nicht greifbar, sondern stark, jung, entwicklungsfähig. Sie haben eine Lanze vor sich, so lang wie eine geologische Periode. Die sozialdemokratische Utopie ist in unserer Zeit wie andere Gebilde machtlos aufgetreten. Sie wird, aber von der wirklichen Entwicklung wie alle ihre Vorgänger verzehrt werden. Je länger aber die Sozialdemokratie eine relative Rolle spielt, desto mehr wird sie zu einer Gefahr für die Entwicklung der Arbeiterklasse innerhalb der aufstrebenden staatlichen und bürgerlichen Welt. Die Leiter der Politik, Wirtschaft und Gesellschaft (schrieben

um so stärkere Waffen gegen die gesamte Arbeiterklasse, je mehr und je länger die radikale Organisation der Sozialdemokratie die Gefahr möglich erscheinen läßt, daß sie die anderen Arbeiterorganisationen in entscheidenden Momenten mit sich fortzuziehen wird. Unter diesem Gesichtswinkel erscheint denn Staat und der bürgerlichen Gesellschaft auch die auf christlichem Boden fußende Arbeiterbewegung verächtlich und noch unbehaglicher, als die Sozialdemokratie. Wenn nicht ausbleibenden Siege von Staat und moderner Gesellschaft in den nächsten Jahrzehnten ist die Gefahr nahe gerückt, daß die Arbeiterklasse in einen schlechteren Rechtszustand zurückgedrückt wird. Gerade das Vorhandensein der Sozialdemokratie wird idealistischen Führern in Staat und Gesellschaft eine Rechtfertigung dafür bieten, daß von den arbeitenden Massen eine wirkliche Kulturentwicklung nicht zu erwarten ist, und daß sie niedergehalten werden müssen. Diese Auffassung vertreten nicht nur eigenständige Unternehmer, sondern Staatsmänner, Historiker, Juristen — zahlreiche Vertreter der Wissenschaft auf den Universitäten und Hochschulen.

Einflussreiche Persönlichkeiten und Organisationen suchen mit allen Kräften bei den Unterrichtsverwaltungen zu erreichen, daß die soziale Richtung überall ersetzt wird durch eine autoritär-kapitalistische. Der Berliner Professorenrat ist ein weiterleuchtendes Hoffenslicht gewesen; denn noch hat sich die preussische Unterrichtsverwaltung in einer offiziellen Auffassung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ daran erinnert, welche Bedeutung Schamolle und Wagner für die Entwicklung des Deutschen Reiches haben. Aber in allen möglichen Kanälen bringt eine arbeitserentwicklungsfeindliche Richtung an die für Verwaltung, Justizdienst, gelehrte Berufe überhaupt bestimmte Jugend heran, natürlich auch an die Techniker und an alle Anwärter für leitende Beamtenstellungen in den Unternehmungen aller Art. Die nächsten Jahre bringen möglicherweise auf allen Gebieten eine den Wünschen für die Entwicklung der Arbeiterklasse durchaus ungünstige Konstellation.

Nicht Egoismus, Materialismus und Egoismus, sondern moralisch begründete, idealistisch im Interesse des ganzen Volkes gedachte, starke Einschränkung der Führereigenschaften in Staat und bürgerlicher Gesellschaft und Unterdrückung der Entwicklungsfähigkeit der Arbeiterklasse, die durch den Zulauf zur Sozialdemokratie als geringere erwiesen angesehen wird, bedrohen die Arbeiterklasse für die nächsten Jahrzehnte in einer Zeit der höchsten Entwicklung sonst mit einem Rückwurf, welcher für Jahrhunderte verhängnisvoll werden kann.

Darum ein Appell an die Arbeiter und Arbeiterorganisationen, welche noch nicht sozialdemokratisch sind, insbesondere an die evangelischen Arbeitervereine und an alle Delegierten ihres Gesamtverbandes! Sie dürfen nicht zusehen, daß, während die Leistungsfähigkeit, die Arbeitskraft oben wächst, die Quellen für das Wachstum von Leistungsfähigkeit und Arbeitskraft in der Arbeiterklasse durch die kommende Entwicklung verächtlich werden. Sie haben die Verpflichtung, die Arbeiter — was nur in einem langen, harten Ringen möglich sein wird — zusammen mit Staat und bürgerlicher Gesellschaft aus dem Vorn der Sozialdemokratie zurückzugewinnen. Deshalb müssen sie mit dem noch vernünftigen in diesen Dingen orientierten Staat und mit dem vernünftigen Teil der Unternehmungsklassen Schulter an Schulter in der Wirtschaft, in der Politik, auf allen Gebieten Front machen gegen die Sozialdemokratie. Nicht etwa bloß gegen die Schlechten in der Sozialdemokratie: die mag man ebenso wie die Schlechten, die Geistes- und Materialisten im Staat und in der bürgerlichen Gesellschaft sich gegenständig selbst zerfleischen lassen — sondern gegen die Sozialdemokratie überhaupt, weil sie eine irrtümliche Auffassung der Entwicklung vertritt und vor allem einen ungeheuren Fehler begibt; welcher unverzeihlich ist: Die Sozialdemokratie, welche die Bedeutung der Rechtsordnung, der Organisation so durch und durch anerkennt, zerstört systematisch in den Massen jedes Vertrauen zu den heutigen Organisationen, an deren Existenz sie doch nach ihrer eigenen Theorie jetzt noch garnicht rütteln kann. Darüber hinaus gibt sie nichtgenugs irgendwie handfest ihre „Organisation der Zukunft“ zu erkennen, nicht einmal zur Verfügung akademischer Kritik. So ist sie, ohne eine Kultur der Zukunft in kontrollierbaren Zügen zu entwerfen, eine Zerstörer in der Achtung vor unserer Kultur in den Herzen der Massen und könnte, wenn Staat und leitende Schichten sich nicht gekräftigt hätten, zum Zerstörer unserer Kultur überhaupt werden.

Natürlich schallt von der Sozialdemokratie allen Arbeitern die Losung entgegen, daß ihnen Ehre und Pflicht gebietet, mit der Sozialdemokratie gegen den Unternehmer und den Staat zu operieren. — Aus Masseninteresse!

Die Arbeiter und Arbeiterorganisationen mögen aber erwägen, daß bei allen Gelegenheiten des Lebens große Massen leicht für ganz törichte Dinge, Entwürfen, Lösungen etc. zu begeistern gewesen sind. Wer sich der Sozialdemokratie anschließt, mit ihr partiiert, arbeitet mit an der Verhinderung der Ausgestaltung unserer jugendfrischen, starken, wirtschaftlichen Organisation in Wirtschaft und Staat. Der Mensch ist nicht nur Klassen-genosse. Er ist in erster Linie Person ganz für sich. Er hat sein persönliches Verhältnis zu Gott. Er kann sich garnicht loslösen aus seinen Beziehungen zu allen Klassen und Schichten des Volkes und zu der bürgerlichen und staatlichen Gesamtheit. Ihn nur zum Klassenmitglied stempeln, heißt ihn degradieren und, im Falle der Sozialdemokratie, von der Mitarbeit an allem wirklichen Fortschritt ausschalten. Nicht der Arbeiter ist eifrig und handfest gegen seine Pflicht, welcher mit Staat und bürgerlicher Gesellschaft Schulter an Schulter gegen die Sozialdemokratie kämpft, sondern diejenigen Arbeiter und diejenigen Organisationen der Arbeiter handeln im höchsten Grade ehrenhaft und pflichtgetreu, welche in Erkenntnis der Irrtümer der Sozialdemokratie, in Erkenntnis der Gefahr, welche die Sozialdemokratie für die Entwicklung auch der Arbeiterklasse ist, klare Stellung gegen sie und für den Staat und die im Rahmen seiner Organisation blühend aufstrebende moderne Wirtschaft und Gesellschaft nehmen. Leitwort für die evangelischen Arbeitervereine muß auch an dieser Stelle das Wort Christi sein: „Wer nicht für mich ist, der ist wider mich.“

Innerhalb der Entwicklung der nächsten Jahre und Jahrzehnte wird eine so gerichtete Arbeiterbewegung gegenständig an der Entwicklung überhaupt mitwirken können und in der Lage sein, es zu verhindern, daß eine Rückwärtsentwicklung im Arbeiterrecht unserer Zeit, eine Verschlechterung der Lage der Arbeiterklasse eintritt — wird vielleicht es durchsetzen können, daß Verbesserungen eintreten. Es widerspricht meiner Natur, an irgend einer Stelle viel Hoffnung zu hegen. Nichts ist so bedenklich, als ein vielversprechendes Ereignis! Denn was wird gelassen?

Mein Wahlspruch ist: „Arbeit, Gehalt, Entsa- gung, wenig Hoffnung, Pflicht vor allem — innerhalb ihrer Kampf, wo er geboten ist, aber auch dann ohne Kampf!“

Meine Hoffnung ist, daß die Arbeiterklasse auch im Deut- schen Reich die Entwicklung ihrer Geschichte in ihrer eigenen Hand zu behalten vermag, indem sie den sozialdemokratischen Klassenkampf überwindet, aber in ihrer Mitarbeit mit Staat und bürgerlicher Gesellschaft vor allen Dingen die Rechtsver- bindung so entwickelt, daß die Verfassung der Reichsver- einigung gut gemacht wird, daß wir wirklich ein würdiges Arbeiter- recht erhalten, auf welcher Basis alles andere, was der Ar- beiter wünschen darf, sich mit der Zeit von selbst ein- stellen wird.

Seit vielen Jahren pflege ich in akademischen Vorlesungen von der „Meinlinie“ zu sprechen, das heißt von einer klaren Eigentumsordnung, und davon, daß das Eigentum, beson- ders das Eigentum an Produktionsmitteln, das Amt aus- zugeht ist. Die geistig vornehmsten Persönlichkeiten in Staat und bürgerlicher Gesellschaft denken in dieselben Rich- tung. Der Reichskanzler — Herr von Bethmann-Hollweg — hat selbst bei bedeutenden Gelegenheiten, vor einer In- teressengruppe der Landwirtschaft und auf dem deutschen Handelskongress, diese Gedanken, indem er dieselben ausdrück- lich gebrauchte, anbringen lassen: Es gelte der Forderung der rich- tigen „Meinlinie“ — und Eigentum sei ein Amt!

Mein Appell an die Arbeiterorganisationen, inas-“andere an die Delegierten des Gesamtverbandes der evangelischen Ar- beitervereine geht nun ausdrücklich dahin: sie sollen als getreuer Eckstein darüber wachen — und müssen deshalb die richtige Politik für Staat, Wirtschaft und Gesellschaft gegen die Sozialdemokratie einschlagen — daß die „Meinlinie“ auch nach der Richtung hin richtig gezogen wird, wie es klassisch der katholische Sozialpolitiker Hise ausgesprochen hat:

„Leben, Gesundheit und sittliche Freiheit sind Güter, über welche der Arbeiter selbst nicht als absoluter Herr ver- fügen kann. Er ist durch den Willen seines Schöpfers ge- bunden, diesem verantwortlich. Weit weniger können diese Güter Gegenstand des freien Arbeitsvertrags sein. Einen solchen Vertrag, der diese Güter in Frage stellt, kann die von Gott gegebene Obrigkeit, nimmer anerkennen! Ja, sie hat die heilige Pflicht, soweit die Arbeiter nicht selbst insinua- ren, sich im Besitz dieser Güter zu schützen, ihnen diesen Schutz durch Gesetz zu sichern!“

Darüber hinaus ist es Aufgabe der Arbeiterorganisationen, der Arbeiterbewegung, darauf zu sorgen, daß der Gedanke, dem auch der Reichskanzler Ausdruck gegeben hat, von dem Amtszustand des Eigentums nicht einseitig im Sinne der Rechte ausgelegt wird, welche ein Amt seinem Inhaber gibt, sondern unter Berücksichtigung des Inhalts des Begriffes paritätisch auch nach der anderen Seite ausge- stellt wird, daß ein Amt Pflichten auferlegt.

Lassen Sie Staat und Bürger zum Gerechtigkeit wider- stehen und fördern Sie für sich auf geordneten Wegen, die sich fernhalten von Haß und Verleumdung, das Ihnen zu- stehende Recht innerhalb des Staates und der Volksgemeinschaft!

Die neue Reichsversicherungsordnung.

Die Leistungen der Klassen

sind vorgeschrieben in dem § 193 und folgenden. Das Gesetz unterscheidet zwischen Regelleistungen und Mehrleistungen; man kann auch sagen: Ruß- und Kannleistungen. Die Regel- leistungen werden fixiert in dem § 197. Dieser Paragraph bestimmt:

Als Krankenkassenhilfe wird gewährt:

1. Krankenpflege von Beginn der Krankheit an; sie um- faßt ärztliche Behandlung und Versorgung mit Arznei sowie Brillen, Bruchbändern und anderen kleineren Heil- mitteln; und
2. Krankengeld in Höhe des halben Grundlohnes für jeden Arbeitstag, wenn die Krankheit den Versicherten arbeits- unfähig macht; es wird vom vierten Krankheitstage an, wenn aber die Arbeitsunfähigkeit erst später eintritt, vom Tage ihres Eintritts an gewährt.

Die baren Leistungen der Klasse werden also nach dem Grundlohn bemessen.

Als solchen stellt die Zahlung den durchschnittlichen Tages- entgelt derjenigen Klassen Versicherten, für welche die Klasse errichtet ist, bis fünf Mark für den Arbeitstag, fest.

Die Zahlung kann den durchschnittlichen Tagesentgelt auch nach der verschiedenen Lohnhöhe der Versicherten stufenweise bis auf höchstens sechs Mark festsetzen.

Nach dem alten Gesetz konnte nur bis zu einer Höchst- grenze von vier, bezw. fünf Mark gegangen werden. Die Hin- aufhebung des durchschnittlichen Tagesentgelts, die in der Kommission erfolgte und vom Reichstag akzeptiert wurde, stellt eine bedeutende Verbesserung dar; sie ermöglicht höhere Grund- lohne und Klassenleistungen. An Stelle des halben Grund- lohnes als Krankengeld kann die Klasse, sofern sie leistungs- fähig ist, dreiviertel des Grundlohnes gewähren. Die So- zialdemokraten wollten diesen Betrag obligatorisch im Ge- setz vorschreiben. Das hätte unter Umständen für viele Klassen solche Mehrausgaben gebracht, daß ihre Existenz in Frage gestellt worden wäre, und jedenfalls die Beiträge der Mit- glieder unermessen hätten erhöht werden müssen. Der er- wähnte Antrag wurde deshalb mit 212 gegen 59 Stimmen vom Reichstag abgelehnt.

Die Krankenhilfe muß mindestens 26 Wochen lang ge- währt werden.

Durch Zahlung kann der Krankengeldbezug auch schon vom ersten Tage an gewährt und die Dauer der Kranken- hilfe auf ein Jahr ausgedehnt werden.

An Stelle der Krankenpflege und des Krankengeldes kann Kur und Kurpflege in einem Krankenhaus, also Kran- kenpflege gewährt werden. Neu ist die Bestimmung, daß mit Zustimmung des Versicherten Hilfe und Wartung durch Krankenpfleger oder Krankenschwestern gewährt werden kann.

Durch Zahlung kann für kleinere Heilmittel ein Höchst- betrag festgesetzt und auch für größere Heilmittel ein Zu- schuß gegeben werden. Die Klasse kann bei der Krankenpflege noch andere als kleinere Heilmittel, insbesondere Krankenkost- zubehören, was bisher auch nicht möglich war.

Die Wochenhilfe ist erweitert worden

Wöchnerinnen, die mindestens sechs Monate Rassenmit- teltäger sind, sollen auf die Dauer von acht Wochen (bisher sechs Wochen) Wochengeld in Höhe des Krankengeldes er- halten. Gegen diese Bestimmung ist früher schon Widerspruch erhoben worden; insbesondere, daß auch Ledige dieses Wochen- geld erhalten sollen. Wir haben uns seinerzeit mit gutem Recht für die Aufrechterhaltung der längst bestehenden Wochen- hilfe für alle weiblichen Berufe verwendet. Ein Streit

über die Frage entstand denn auch nicht im Reichstag, sondern darüber, ob diese Bestimmung auch auf die Mitglieder der Landkassen ausgedehnt werden solle.

In dritter Lesung wurde mit großer Mehrheit beschlossen, daß Mitglieder der Landkassen, die nicht der Ge- setzgebung unterliegen, Wochengeld auf die Dauer von vier Wochen erhalten müssen; durch Zahlung kann es acht Wochen lang bestimmt werden. Dieser Beschluß ist ein Kom- promiß, ohne den die Verabschiedung des Gesetzes sehr erschwert worden wäre. Man wollte erst die Wirkungen der Wochenhilfe bei den neuerrichtenden Landkassen abwarten, und glaubte denselben Weg beschreiten zu sollen, wie seiner- zeit die Ortskassen ihn beschritten hatten.

Die Sozialdemokraten stellten auch hier weit über das Ziel hinauschießende Anträge mit dem Zwecke, die Mutter- schaftsversicherung im Krankenkassenversicherungsgesetz einzu- führen. Eine solche Versicherung kostete etwa 350 Millionen Mark. Da bei der Krankenversicherung die Arbeiter zwei Drittel der Beiträge zahlen müssen, so hätte also von ihnen eine fast unerschwingliche Summe aufgebracht werden müssen. Die Kosten einer solchen ausgedehnten Wochenhilfe und Säug- lingsfürsorge kann man nicht den Krankenkassen allein auf- legen, da muß die Allgemeinheit und der Staat mit heran- gezogen werden. Der Reichstag lehnte schon in der zweiten Lesung die erwähnten Anträge mit 240 gegen 63 Stimmen ab.

Schon bei der letzten Novelle, als die Ausdehnung der Wöchnerinnenhilfe durchgeführt wurde, wandten sich auch so- zialdemokratische Blätter, so der „Genosse“ Reichhäuser im „Korrespondenz für Deutschlands Buchdrucker“, gegen diese, mit dem Hinweis, daß dadurch die Klassen schwer belastet und die Simulation gefährdet würde. Jetzt sprechen die So- zialdemokraten von „Arbeiterverrat“ der Mehrheitsparteien. Man ließ „Genossen“ im Reichstag schimpfen und toben; trübte man doch, daß sie es mit ihren Anträgen nicht sonder- lich ernst nahmen.

Die Genossen Hoch und Schmidt haben es verraten: „Wir reden nicht, um Zustimmung zu finden, sondern um das Ver- halten der Mehrheitsparteien zu zeichnen. Mit den An- trägen soll ein Nachschlagewerk über die Arbeit der Sozial- demokraten geschaffen werden.“

Es ist also die Übere, nichtsnutzigste Parteipolitik, die hier getrieben wird. „Wir reden nicht, um Zustimmung zu finden“, sondern

nur aus agitatorischen Gründen

Schon früher, auf dem Parteitag in Halle, hat ein Führer, Abgeordneter Singer, eingestanden, daß seine Partei die pa- rlamentarische Tätigkeit nur als Agitationsmittel benutze. Das muß man sich gut merken. Bei Schaffung des Kranken- versicherungsgesetzes, 1883, hat die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages mit ähnlichen Argumenten gekämpft, wie heute kund von „Entredung der Arbeiter“ gesprochen, das Gesetz als „Klassen- und Ausnahmegesetz“ erklärt. Wie unge- heuer gegenständig aber die Krankenversicherung wirkt, weiß heute jeder Arbeiter und Versicherte.

Beschlossen wurde, den weiblichen Versicherten Hebammen- dienste und ärztliche Geburtshilfe, wie auch Schwangerengeld zu gewähren; ebenso Stillgeld 12 Wochen lang in Höhe des halben Krankengeldes.

Als Sterbegeld wird beim Tode eines Versicherten das Zwanzigfache des Grundlohnes gezahlt. Familienhilfe zu leisten, ist den Klassen freigestellt worden. Nach dem angenommenen § 218 kann durch Zahlung bestimmt werden, daß versicherungsfreie Familienmitglieder des Versicherten, Krankenpflege, die Frauen auch Wochenhilfe erhalten und daß beim Ableben derselben Sterbegeld bezahlt wird.

Wichtig ist auch der § 225; darnach erhält ein Ver- sichelter, der Krankenleistung bezieht, aber zu einer anderen Klasse übertritt, von letzterer Klasse die weiteren Leistungen. Mehrleistungen werden aber von dieser nur dann gewährt, wenn ein Anspruch auf solche bei der vorherigen Klasse schon bestanden hat. Um den Streit aus der Welt zu schaffen, der bei unrichtiger Anmeldung manchmal entstanden ist, wurde bestimmt: eine Person, die ununterbrochen drei Monate Bei- träge bezahlt hat, hat Anspruch auf die leistungsmaßige Leistungen. Auch die Weiterversicherung Arbeitsloser wurde garantiert. Es bleibt für solche beim Ausscheiden aus der Klasse wegen Erwerbslosigkeit der Anspruch auf Regel- leistung bestehen, wenn der Versicherungsfall innerhalb dreier Wochen nach dem Ausscheiden eintritt.

Zur Lage der im Eisenbahnbau und Brückenbau beschäftigten Metallarbeiter

erhalten wir von einem Kollegen aus Rath bei Düsseldorf folgende Zuschrift und eröffnen mit deren Wiedergabe an dieser Stelle die Diskussion über die Verhältnisse der in dieser Sparte unserer Metallindustrie beschäftigten Kollegen. Der Kollege schreibt:

Der Artikel über die Lage der Brückenbauarbeiter in voriger Nummer trifft den Nagel auf den Kopf. Im allge- meinen sind die Löhne und sonstigen Arbeitsverhältnisse im Brückenbau die denkbar ungünstigsten. Es mag auch wohl in dieser Arbeiterkategorie Leute geben, welche einigermaßen einen Verdienst haben; aber man muß sie hier, wie wohl nirgend anders, mit der Laterne suchen. Im großen und ganzen muß man den Kollegen, der in der vorigen Nummer zu Wort kam, recht geben, wenn er sagt, daß durch die schwere Arbeit und lange Arbeitszeit die Brückenbauer davon abge- halten werden, einmal über ihre Lage nachzudenken. Es ist eben schlaue Berechnung der Unternehmer, wenn sie diese Arbeiter möglichst viel Ueberstunden reizen lassen; denn da- durch werden die Arbeiter über ihre Hungerlöhne hinweg geküßt. Nur wollen die Brückenbauarbeiter dieses nicht einsehen. Sie sehen nicht ein, daß durch die lange Arbeits- zeit ihr Körper und ihre Gesundheit vorzeitig ruiniert werden. Wer mag da noch zu behaupten, daß bei derzeitigen Zu- ständen noch von Pflege des Familiensinnes und des Ver- ständnisses für das Gütliche und Schöne gesprochen werden kann. Aber nicht allein die niedrigen Löhne und lange Arbeitszeit sind brennende Punkte im Arbeitsverhältnis der Brücken- bauarbeiter. Wie sieht es z. B. mit den Wascheinrichtungen aus? Meistenteils ist eine solche überhaupt nicht vorhanden. Da sieht man diese Kollegen zu 3—4, ja 5—6 Mann um einen Eimer versammelt, um sich wenigstens vom ärgsten Schmutz zu reinigen. Also, nette hygienische Zustände. Auch die Abortanlagen sind in den meisten Fällen unzureichend oder in einem Zustand, der jeder Beschreibung spottet. Mögen auch diese Zeilen dazu beitragen, daß den Brücken- bauarbeitern sehr bald die Augen aufgehen, damit sie ein- sehen, wie überaus traurig ihre Lage ist. „Reiner wird

schlechter behandelt, als wie er sich gefallen läßt!“ Dieses Wort hat auch seine Geltung für unsere Brückenbauarbeiter. Also an, Wert, ihr Brückenbauer! Steht in den christlichen Metallarbeiterverbänden, er bietet euch die Hand, daß auch ihr euch größere Freiheiten und Rechte erkämpfen könnt. Nur der verdient die Freiheit und das Leben, der täglich sie erobern muß. S. R.

Aus der Arbeiterbewegung.

Die zweite Zahlstellenkonferenz der christlichen Gewerkschaften des Niederrheins.

Am Vormittag des Himmelfahrtstages traten die Dele- gierten der niederrheinischen Zahlstellen der christlichen Ge- werkschaften zu einer Konferenz im Verbandslokale zu Cleve zusammen. Gleich wie im Vorjahre in Geldern war auch jetzt wieder der Besuch ein sehr starker. Außer den Gästen und Teilnehmern anderer Korporationen waren 18 Verbände durch 27 Delegierte vertreten. Anstelle des erkrankten Vor- sitzenden, Kollegen Cammann-Düsseldorf, eröffnete Kollege Schmitz-Düsseldorf die Verhandlungen. Mit einem Rückblick auf die vorjährige Tagung lenkte er die Aufmerksamkeit gleich auf die Wichtigkeit der Konferenz, die heute mehr in struk- tural sein würde, nachdem beim ersten Mal der Zusammen- kunft in Geldern das agitatorische Moment im Vorder- grund stand. Unter den erschienenen Gästen begrüßte er be- sonders den Vertreter des Bürgermeisters der Stadt, den Herrn Stadtschreiber Meier. Ferner waren anwesend die Präsi- denten der Arbeitervereine Cleve und Materborn, der Vizepräsident von Cleve und Herr Pfarrer Felzsch von Materborn. Ins Büro wurden gewählt die Kollegen Schmitz-Düsseldorf als erster und Meier-Cleve als zweiter Vorsitzender.

Den Bericht über den Stand der christlichen Ge- werkschaften am Niederrhein; den Kollege Ad- lach-Düsseldorf erstattete, ist zu entnehmen, daß sich die Bewegung in der Zeit vom 1. Januar 1910 bis 1. April 1911 fast verdoppelt hat. Neben dieser erfreulichen Aufwärts- bewegung zum größten Teil auf die befruchtende Wirkung der letztjährigen allgemeinen Gewerkschaftskonferenz in Geldern zurück. Zahlenmäßig ergibt sich folgendes Bild: Im 1. Janu- ar 1910 waren in 66 Zahlstellen 4985 Mitglieder vorhanden, am 1. April 1911 aber in 118 Zahlstellen 9041 Mitglieder. Die Zunahme beträgt also in dieser verhältnismäßig kurzen Zeit 52 Zahlstellen und 4056 Mitglieder. Von den größeren Ver- bänden sind an der Steigerung hauptsächlich beteiligt die Textilarbeiter, die am 1. April 1911 in 17 Zahlstellen 3297 Mit- glieder zählten (gegen 2530 am 1. Januar 1910), die Eisenbahn- handwerker und Arbeiter mit 18 Zahlstellen und 962 Mit- glieder (1 und 25), Tabakarbeiter 9 Zahlstellen und 910 Mit- glieder (8 und 741), Nahrungs- und Genussmittelindustrie 4 Zahlstellen und 803 Mitglieder (2 und 287), Holzarbeiter 15 Stellen und 701 Mitglieder (8 und 287), Lederarbeiter 6 Zahl- stellen und 400 Mitglieder (5 und 282), Metallarbeiter 12 Zahlstellen und 580 Mitglieder (7 und 174), Bergarbeiter 7 Zahlstellen und 327 Mitglieder (3 und 206) usw.

An der Aufwärtsentwicklung sind besonders stark betei- ligt Krefeld (Zunahme 267 Mitglieder), Lobberich (+ 251), Geldern (+ 243), Kalbentkirchen (+ 196), Xanten (+ 192), Uerdingen (+ 192), Hinsbed (+ 94), Grefrath (+ 89) u. f. w. Vertreten ist die christliche Gewerkschaftsbewegung in dem Bezirke, für den die Konferenz tagt, (von Uerdingen, Krefeld, Kalbentkirchen abwärts bis Cleve und Kreis Rees), in 49 Orten. Ortsstellen sind seit der letzten Konferenz drei neu- gegründet worden. Daß diese planmäßige Zusammenfassung der Kräfte außerordentlich segensreich gewirkt hat, geht daraus hervor, daß die Zunahme in diesen drei Orten allein 7 Zahl- stellen und 524 Mitglieder beträgt.

Kollege Stegerwald-Köln sprach dann über das Thema: „Der Kampf um unsere Weltanschauung im Wirt- schaftskleben“.

Die sogenannte Niebesche Weltanschauung von dem Herren- menschtum finde man in starkem Maße bei den Groß- industrien und Schachtmachern, die Gegner des Tarifwesens sind und jede Gleichberechtigung dem Arbeiterstande absprechen. Sie haben das Bestreben, durch die Errichtung von Zwangs- arbeitsnachweisen die Auswahl der Arbeiter treffen zu können und so die tüchtigsten Arbeitskräfte auszusuchen, um ihre Position zu stärken. Für die Schwächlinge und minder- leistungsfähige Arbeiterschaft soll die Allgemeinheit oder die Armenverwaltung aufkommen. Die zweite Weltanschauung ist die sozialistische, welche auf dem Boden der materialistischen Gesellschaftsauffassung steht. Dadurch, daß die Sozialdemokratie diese Grundlage zum Ausgang ihrer Interessen macht, kann die christlich-nationale Arbeiterschaft in ihr nicht ihre In- teressentretung erblicken. Den Klassenkampf in der Ar- beiterbewegung lehnen wir ab. Auch ohne diesen ist es mög- lich, sich in der heutigen Gesellschaftsordnung durchzusetzen und auf Grund der christlichen Weltanschauung Verbesserungen für die Arbeiterschaft zu erreichen. Notwendig hierzu seien erstens starke Selbsthilfeorganisationen und zweitens, Einfluß zu gewinnen auf die Gesetzgebungsmechanik. Den Einfluß, den die christlich-nationale Arbeiterbewegung heute auf die Gesetzgebung ausübt, sei stärker als bei der sozialdemokrati- schen Arbeiterbewegung. Bei einem Rückblick auf die Ent- wicklung der Arbeiterbewegung zeige sich, daß, als die christ- lichen Gewerkschaften gegründet wurden, die sozialistische Ar- beiterbewegung im Jahre 1899 bereits 55 Zentralverbände mit 800 000 Mitgliedern zählte und über ein Vermögen von 8 Millionen verfügte. Außerdem war eine große An- zahl Führer vorhanden, welche eine jahrelange Erfahrung besaßen, und ihnen zur Seite standen die Gewerkschafts- und Parteipresse. Dieses alles fehlte bei der Gründung der christlichen Gewerkschaften. Trotz aller Hemmnisse und Bekämp- fung seitens der gegnerischen Organisationen waren am Jah- resschlusse über 320 000 christliche Gewerkschafter vereinigt, mit einer Jahreserinnahme von über 5 Millionen und einem Vermögensstand von über 6 Millionen Mark. Die christlichen Gewerkschaften verfügen über 27 Gewerkschaftsorgane; darunter vier in Fremdsprachen sowie das Zentralblatt. Wenn man das letzte Jahrzehnt Gewerkschaftsarbeit überblende, so zeige sich, daß wir mit der christlichen Gewerkschaftsbewegung vor- wärts gekommen sind. Das Jahr 1910 brachte uns einen Gesamtzuwachs von 35 000 Mitgliedern. Der Zuwachs in den ersten vier Monaten des Jahres 1911 beträgt mindestens 25 000 und es sei die berechtigende Hoffnung vorhanden, daß das Jahr 1911 mit einem Gesamtgewinn von 50- bis 60 000 neuen Mitgliedern abschließe. Von den 7 1/2 Millionen organi- sationsfähigen Arbeitern gehören nur 2 1/2 Millionen den Ge- werkschaften an. Mit der Aufforderung an die Vertrauens- männer, mit jugendlichem Eifer tätig zu sein zur Gewinnung der fernstehenden Arbeitermassen, schloß der Redner seine in- struktiven Ausführungen.

Im Anschlusse an dieses Referat sprach Sekretär Reuter...

Der Gesamtverband der Evangelischen Arbeitervereine Deutschlands

Es hielt seinen diesjährigen Delegiertentag in den Tagen vom 6. bis 8. Juni in Leipzig ab. Der Tagung ging am Nachmittage des 6. Juni eine geschlossene Ausschussung voraus...

Die Vereine treten ein für eine Steigerung der Viehzucht, zur Bekämpfung der Fleischnot, stehen auf dem Boden einer gemäßigten Schutzpolitik...

Inbezug auf die Wohlfahrtspflege ist auch seitens der Arbeitervereine die Veranstaltung der Internationalen Hygieneausstellung mit großer Freude begrüßt worden.

Damit haben sich die Evangelischen Arbeitervereine im vorigen Jahre besonders mit dem Problem der Jugendpflege beschäftigt; soziale Anstaltspflege und Disziplinsabende abgehalten und beschlossen, den Antrag zu stellen, beim Entwurf der Strafrechtsreform...

Eine saubere Agitationsmoral.

Auf der Generalversammlung des sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandes in Bochum hat der Abg. Sachse seinen Haß gegen die christliche Arbeiterbewegung im allgemeinen und den Gewerkschaften der Bergarbeiter im besonderen die Spitze zuzuschleudern lassen.

„Vor zwei Jahren, als der Verband den Kampf führte gegen die Finanzreform, da grüßten die Christen das an ihm 30 000 Mark-Flugblatt aus dem Jahre 1904 aus, mit dem sie darin in einem gerichtlichen Nachspiel ein glänzendes Fiasko machten.“

So der Verbandsvorsitzende Sachse, derselbe Sachse, der durch den erwähnten Prozeß berart moralisch bloßgestellt wurde, daß er in jeder anderen Bewegung ein toter Mann gewesen wäre. Es wurde gerichtlich festgestellt, daß Sachse, schon mehrere Tage vor der Wahl davon unterrichtet war, daß das verleiherische Flugblatt von zwei sozialdemokratischen Verbandsbeamten herrührte...

So wurde durch diesen Prozeß eine moralische Fäulnis im sozialdemokratischen Lager aufgedeckt, wie nie vorher. Und trotzdem wagt es der gleichfalls schwer bloßgestellte Sachse, von einem Fiasko der „Christen“ zu reden. So wird die Wahrheit vergewaltigt.

Rundschau.

Die Jugend wird heutzutage von allen Seiten umworben; in dem gewaltigen geistigen Ringen unserer Tage sind die verschiedensten Richtungen naturgemäß bemüht, aus den Reihen der Jugend neue Anhänger und Bannträger für ihre Ideen zu gewinnen. So verschieden die Zwecke der jeweiligen Werber, so verschieden sind auch ihre Werbemittel...

Aus der Metallindustrie. Die A.-G. Karl Schöning, Maschinenfabrik und Eisengießerei, beantragt eine Dividende von 8% (i. B. 7%). Die Vereinigten Schmitzgel- und Maschinenfabriken, A.-G. vom S. Oppenheim & Co. und Schlingler & Co. in Hannover schlagen für 1910/11 9% (i. B. 7 1/2%) Dividende vor.

16 062 Mt. (9162 Mt.), sodas nach 27 091 Mt. (20 714 Mt.) zum Vortrag verbleiben. Bei der A.-G. Neuffer Chemiewerk vorm. Rudolf Daalen in Heerdt bei Neuf gelangt für das Jahr 1910 Dividende wieder nicht zur Verteilung, da das Erträgnis durch Aufwendungen für Um- und Neubauten beeinträchtigt worden sei.

Am Pfingstfeste fanden einige Kongresse statt, worüber interessante Dinge zu berichten sind. Der Verband der katholischen Arbeitervereine „Sib Berlin“ tagte am 1. Juni in Wien eine Hauptversammlung ab, in der die Vorfahrungen für das letzte Viertel des laufenden Jahres freigegeben wurden, und zwar zu um 2 1/2% erhöhten Preisen.

Die rote „Internationale“ hat einen neuen Stütz erhalten. Als der deutsche Kaiser unlängst in London war, gab der englische Kriegsminister ihm zu Ehren ein Festessen, an dem auch ein Führer der englischen Sozialdemokratie, Herr Macdonald, teilnahm.

„Er könne daher nur von dem Eindruck sprechen, den die Persönlichkeit des Kaisers auf ihn gemacht habe. In erster Reihe fiel ihm das gute Verständnis auf, das der Kaiser auch den Anschauungen entgegenbringt, die seiner eigenen Ansicht entgegengesetzt sind.“

Wutchnaubend bemerkt das sozialdemokratische Dorf-munder Arbeiterzeitung: „Das soll nach dem Bericht des englischen Blattes, ein Sozialdemokrat über den deutschen Kaiser gesagt haben, dessen Neben über das „vaterlandslose Gesindel, welches nicht wert ist, den Namen Deutscher zu tragen“...

Zugenburg-Bannekoek-Blod würde ihn räbern. Ueber das neue Loch in der Internationale ist die sozialdemokratische Presse ganz verzweifelt. Sie meinte, es bedürfte noch sehr vieler Erziehungsarbeit, bis die Engländer mit dem internationalen Sozialismus in Reich und Glied marschierten. Uns will schmeinen, daß nicht nur die Engländer, „aus der Reihe tanzen“. Aus Belgien kommt ebenfalls eine Schreckensnachricht. Der erste Führer der belgischen Sozialdemokraten, Herr Vandervelde, hat im Hause seines intimsten Freundes Solway — des reichsten Mannes in Belgien — eine Unterredung mit dem König gehabt. — Es ist doch ein Jammer um die internationale „Völkerverbrüderung“!

Der sozialdemokratische Diamantarbeiterverband in Holland hat eine Konkurrenzorganisation bekommen. Das neue Verzeichnis ist am 1. Januar gegründet worden und gab am 1. Juni die erste Nummer ihres Fachblattes heraus. Das Verbandsorgan nennt als erste Aufgabe des neuen Diamantarbeiterverbandes „Schutz der Freiheit der Berufswahl in der Diamantindustrie“. Die Neugründung ist auf die Gewalttätigkeit und die Lehrlingspolitik des sozialdemokratischen Verbandes zurückzuführen. Das Programm der Neuen Vereinigung sagt darüber: „Die erzwungene, künstliche und durchaus willkürliche Abschließung der Zufuhr neuer Kräfte zum Diamantarbeiterbetrieb wird von uns in jeder Hinsicht zurückgewiesen. Sicher haben wir nichts dagegen einzubringen, wenn dafür gesorgt wird, daß nur Fachkundige zur Ausübung dieses Berufes zugelassen werden, aber wir verurteilen eine Lehrlingsregelung, wie sie unter Suggestion einiger Machthaber der Diamantindustrie in Amsterdam aufgebracht worden ist und welche die Gefahr, daß Amsterdam auf dem besten Wege ist, seinen Rang als Vorkämpferin der Diamantindustrie zu verlieren, gar nicht herabzuschätzen hat. Denn Amsterdam verankert die glänzenden Erfolge seines Mitbewerbs dem großen Irrtum des Herrn Polak, (Führer des sozialdemokratischen Verbandes), daß er es für möglich gehalten hat, auch außerhalb Amsterdams für seine Fach- und Gesinnungsgenossen ein unerschütterliches Monopol zu schaffen.“ Der holländische Diamantarbeiterverband, mit dessen Gewalttätigkeit wir uns schon beschäftigt haben (Nr. 49/1910 und 4/1911) hat nicht nur rückwärts brutale Machtpolitik getrieben, die aller gewerkschaftlichen Grundsätze Hohn spricht, sondern auch seine Mitglieder unerschrocken terrorisiert. Gegen diesen Terrorismus wendet sich das Organ des neuen Verbandes und gibt den sozialdemokratischen Machthabern zu verstehen, daß es mit ihrer Herrschaft außerhalb des Bundes jetzt zu Ende sei. Man werde sich von nun an dessen Willen durch das Arsenal der Folterwerkzeuge der modernen Fachaktion, durch Boykott, durch Postenflehen, durch Verdächtigungen durch Verleumdung und Beschimpfung, durch Einleitung von Unruhen im Schoße der Familie, durch Bereitung von Verlobnissen und Heiraten — nicht mehr aufzwingen lassen, denn von nun an werde man auf einen organisierten Widerstand stoßen. — Man scheint im Schoße der Neuen Vereinigung auf die Sympathie des größten Teils der Zutwilerer rechnen zu können, die, wie jedermann weiß, von Anfang an im stillen, aber ohnmächtig gegen die von Henri Polak mit starrer Hand geführten Fäden geknirscht haben; man hofft aber auch auf den Beitritt zahlreicher Arbeiter, die des Terrorismus der Bundesleitung schon längst müde sind und es wohl schwerlich schon vergessen haben werden, daß sie, als sie am letzten Julianatag an den nationalen Volkskundgebungen teilnahmen, vom Bundesvorstand wie unmündige Schuljungen behandelt wurden. — Das ist kein schönes Bild, das da von ehemaligen Mitgliedern gegen die Leitung des sozialdemokratischen Diamantarbeiterverbandes entworfen wird.

Vor dem sozialdemokratischen Terrorismus sind jetzt auch die eigenen Führer nicht mehr sicher. Der Parteisekretär Hofrichter in Köln, sozialdemokratischer Reichstagskandidat, hat ein Grabdenkmal für seine verstorbene Tochter zum Preise von 120 Mark bergeben. Hofrichter übertrug die Anfertigung des Denkmals einem Meister, der mit seinen beiden Söhnen und einem Lehrling arbeitet, aber keine sozialdemokratisch organisierten Steinmetzgehilfen hat. Mit seiner Handlung hat Hofrichter den Born der sozialdemokratischen Steinmetzen-Organisation in Köln hervorgerufen. Eine Versammlung gab ihre Meinung dahin kund, daß man von einem Manne wie Hofrichter, mehr Rücksichtnahme auf die „Genossen“ erwarte. Es wurde dann beschlossen, den „Genossen“ Adolf Hofrichter zur nächsten Versammlung zu zitieren, damit er sich rechtfertige und außerdem seinen Meister veranlasse, seine Firma, die auf dem Grabmal in der letzten Form angebracht ist, wieder zu beseitigen. — Herr Hofrichter wird sich beeilen, dem Rufe des Gerichts unverzüglich Folge zu leisten. Der Mangel an Tatgefühl, ja diese Hofheit gegenüber einem ob des Verlustes seines Kindes tiefgebeugten Vater eröffnet angenehme Ausichten für alle, die sich dem sozialdemokratischen Terrorismus aus irgend einem Grunde nicht entziehen können.

Nichts würdige Verleumder treiben in der letzten Nr. der sozialdemokratischen „Metallarbeiterzeitung“ ihr Handwerk. In einer Korrespondenz unter M. Gladbach wird in echt sozialdemokratischer Manier von einem „Gerücht“ geredet, nach welchem ein Unternehmer für den christlichen Metallarbeiterverband Flugblätter bezahle habe. Man sollte meinen, der sozialdemokratische Metallarbeiterverband und seine Zeitung hätten es für unter ihrer Würde, mit derartigem Analisch aufzutreten. Sondern es ist doch schon Gelegenheit hatten, „Gerüchte“ am eigenen Leibe zu erfahren. So schwirrte einmal ein Gerücht, welches „Schmiergeld“ und einen Redakteur der „Metallarbeiterzeitung“ in Zusammenhang brachte; natürlich wurde die Haltlosigkeit — nachgewiesen. Ein andermal sollte ein Gauleiter beim Abschluß eines Streiks vom Unternehmer bestochen worden sein, natürlich war auch das — nicht wahr. Beide Fälle wurden aber auf der Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes besprochen. Nach diesen Erfahrungen hätten wir die „Metallarbeiterzeitung“ für klüger gehalten, als uns mit derartigem „Trotz“ zu verhalten. Es muß schon weit gekommen sein, wenn die Gladbacher Größe, die wahrscheinlich in Düsseldorf sitzt, nach dem . . . rühmlichen Ende Donaths zu solchen Mitteln greift. Dafür haben wir nur ein kräftiges „Wui Teufel!“ Daß die gemeine Unterstellung eine ausgeprägte Lüge ist, brauchen wir wohl nicht noch besonders zu versichern. Den übrigen Inhalt der Stinkbombe können wir nach dieser Probe übergehen. Im übrigen ist in Nr. 22 eine Klarstellung der Bielefelder Angelegenheit erfolgt. Aus der nichtswürdigen Verleumdung ersehen unsere Kollegen mal wieder, wie vor den sozialdemokratischen Metallgenossen gelogen wird. In möglichst harmloser Weise, an verdorbenen Stellen wird von einem ehrwürdigen Bielefelder eine bezwungene Gemeinheit untergebracht, und die Ge-

nos in der Werkstatt schwindeln nach dem Motto: „Wir Sozialdemokraten sind ehrliche Leute, aber wir mögen, wo wir mögen können — das weitere hinzu, um den Gegner herunterzujagen“. — Mit solchem Geißel muß man sich herum-schlagen, jagte der alte Friß nach der Schlacht von Künersdorf.

Aus den Memoiren einer Sozialistin. Frau Lily Braun, geborene v. Kretschmann, die von König „Lustig“ Jerome von Westfalen abstammen will, hat einen neuen Band Denkwürdigkeiten veröffentlicht, in dem sie von ihrer ersten Zeit als „Genossin“ erzählt. Schöne Bilder sind es gerade nicht, die Frau Braun erzählt, dafür sind sie um so tragischer in ihrer Wirkung. Als Lily Braun sich in Stuttgart in Reich und Glied stellen wollte mit den sozialistischen Frauen, wurde ihr von Clara Zetkin bedeutet: „An ein Zusammenarbeiten von uns und ihnen ist natürlich gar nicht zu denken.“ Als Frau Braun nach der Teilnahme an der Journeufahrt nach England sich beschwerte wegen der Streichung ihres Namens aus der offiziellen Medenliste, wurde Clara Zetkin derartig wütend, daß ein Genosse eingreifen mußte. „Klara“ wollte „Lily“ verhaspen. Frau Braun beschwerte sich mal bei Auer über die Genossinnen, der aber meinte: „Glauben Sie mir allen Anseher: so lange ich denken kann, war bei den Frauen stets derselbe Krakeel, und wenn ich schon lange modre, wird's ebenso sein. Sie haben alle Intelligenz der Unterdrückten in konzentriertester Form, und schwingt man nicht wie die Wanda (Klara Zetkin) beständig die Krute, so hat man verspielt. Selen Sie verjähert, schon Ihr Aussehen vergehen Ihnen die Weiber nie.“ Der österreichische Sozialistenführer Victor Adler rief ihr schroff, als sie zu ihm von ihrem Anschluß an die sozialdemokratische Partei sprach: „Bleiben Sie draußen; eine Kolobilschaut gehört dazu — ich zweifle, daß Sie die haben.“ — „Und wenn ich die hätte?“ — „Dann ja, dann tragen Sie wie wir Ihre Knochen auf den Markt der Partei.“ Als sie zum ersten Male zu Liebknecht kam, sagte er mit gutmütigem Spott in den Augen: „Soll ich einen wirklich freundschaftlichen Rat geben? Klammern Sie sich nicht um die Frauen, wenn Sie etwas erreichen wollen. Sie sind noch rückständiger als die Männer, können auch gar nicht anders sein. Wo sollen sie auch die Erkenntnis hernehmen, die armen Weiber?“ Inbes hat Frau Braun nicht allein über die Genossinnen zu klagen. Auch die „zielbewußten“ Marxisten begegneten ihr mit Mißtrauen, war sie doch die Frau eines Revisionisten. Der englische Sozialist Bernhard Shaw erklärte ihr einmal: „Die deutsche Partei ist von nichts freier als von — Freiheit — . . . Freiheit vom Dogmenglauben ist einer der Grundprinzipien des echten Sozialismus. Der Wille zur Macht ist ein anderes — die Deutschen machen den Willen zur Phrase daraus.“ — Diese Denkwürdigkeiten verdienen als Kulturdokumente des Sozialismus der Nachwelt erhalten zu bleiben.

Streiks und Lohnbewegungen.

Zur Arbeiterbewegung in der Siegerländer Metallindustrie.

Die Bewegung zwecks Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit in denjenigen Betrieben der Siegerländer Metallindustrie, wo dieselbe noch nicht besteht, nimmt allmählich ernstere Formen an. In der Walzengießerei und Dreherei von Peipers u. Cie. sind die Walzendreher nach vorausgegangener Kündigung am Tage vor Pfingsten in den Streik eingetreten. Alle Bemühungen der Organisationsvertreter, und der von den Arbeitern gewählten Kommission, die Angelegenheit auf friedlichem Wege zu erledigen, scheiterten an der Starrköpfigkeit der Direktion. Rehn Wochen hindurch haben die Kollegen mit der Werkleitung hin und her verhandelt um ihre Forderungen: Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit, 15 Prozent Lohnerhöhung, und Schaffung eines Arbeiterausschusses durchzuführen. Alle Verhandlungen endeten aber stets resultatlos. Es blieb also nichts weiter übrig, als das letzte Mittel, den Streik, in Anwendung zu bringen. Genau so einmütig wie die Kollegen die Kündigung eingereicht haben, so einmütig haben sie auch die Arbeit niedergelegt. Alles ist bis jetzt in musterhafter Ruhe und Ordnung abgelaufen. Nur Herr Direktor Sarg legt eine merkwürdige Nervosität an den Tag. Auch die wohlwollende Polizei erschien gleich auf der Wilsflähe. Morgens, mittags und abends bei Beginn bzw. Schluß der Arbeit wurde die Fabrik die ersten Tage von einem polizeilichen Doppelposten bewacht. Ob die Polizei nun zum Schutz der „braven“ Arbeitswilligen kommandiert war oder zu einem anderen Zweck, entzieht sich unserer Kenntnis. Auf alle Fälle hat die „maßgebende Stelle“ eingesehen, daß es für die Polizei nichts zu tun gibt, und entjendet deshalb nunmehr nur noch einen Beamten.

Inzwischen hat der Streik eine grundsätzliche Wendung genommen. An die auf Streikposten stehenden Arbeiter wurde schon des öfteren die Aufforderung gerichtet, doch die Arbeit wieder aufzunehmen, jedoch ohne den gewünschten Erfolg. Am Donnerstag, den 8. Juni redete Herr Direktor Sarg zwei auf Streikposten stehende Kollegen auf der Straße an und verhandelte längere Zeit mit denselben. Der Herr Direktor erklärte sich bereit, alle streikenden Arbeiter wieder einzustellen, und sämtliche Forderungen zu bewilligen, wenn die Arbeiter aus der — Organisation austreten würden und ihren Austritt durch eine schriftliche Erklärung bestätigten. (!) Die Bewilligung der von den Arbeitern gestellten Forderungen sei eine Kleinigkeit. — Mit dieser Stellungnahme der Direktion ist das Kampfobjekt vollständig verfallen. Es handelt sich jetzt nicht mehr um die Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit, auch nicht um die Lohnerhöhung von 15%, oder die Schaffung des Arbeiterausschusses, — das alles zu bewilligen, ist dem Herrn Direktor nach seinen eigenen Worten eine Kleinigkeit. Der Kampf dreht sich nunmehr in die Anerkennung des gesetzlich gewährleisteten Koalitionsrechts der Arbeiter. In einer am Tage nachher stattgefundenen Versammlung der Streikenden wurde die Forderung des Herrn Direktors einstimmig abgelehnt, und dem letzteren dieser Vorschlag sofort schriftlich mitgeteilt. Es hat den Anschein, als ob die Siegerländer Metallindustriellen einen gemeinsamen Schlag gegen die Organisation der Arbeiter planen. Daraus deuten die Erläuterungen des Direktors Sarg gegenüber den vorhin erwähnten Kollegen hin. Herr Sarg wies darauf hin, daß in dem Moment, wo die streikenden Dreher aus der

Organisation austreten würden, dieselben überall in Arbeit treten könnten. Als organisierte Arbeiter würden sie aber im ganzen Siegerlande keine Arbeit bekommen (!?). Wir werden abzuwarten haben, ob diese Kündigung der Tatsachen entspricht. Die Former und Gießereiarbeiter der Firma Peipers u. Cie. hatten die gleichen Forderungen, wie die Dreher, eingereicht, ohne bis zur Stunde ein greifbares Resultat erzielt zu haben. Es besteht kaum ein Zweifel darüber, daß die letzteren, falls die Situation keine Milderung erfährt, sich mit den kämpfenden Walzendreher solidarisch erklären werden. Auf alle Fälle ist die Sachlage ernst und die Ausdehnung des Kampfes nicht abzusehen.

Ueber die Siegerländer Stahlröhrenwerke zu Weidenau, und über die Siegerländer Metallgesellschaft für Eisenkonstruktion, Brückenbau und Verzinkeret ist bekanntlich die Sperre verhängt. Sperrebrecher haben sich mit Ausnahme von einem auf dem letzteren Werk noch nicht eingefunden. Der Mann hat es aber doch nach einigen Tagen für besser gehalten, die Stätte seiner Wirksamkeit wieder zu verlassen.

Die Siegerländer Metallarbeiter machen auf! Jahrelang haben sie alles ruhig hingelassen. Die Zeiten schmerzen jedoch jetzt endgültig vorbei zu sein. Die Kollegen in der Metallindustrie des Siegerlandes seien je länger desto mehr ein, daß nur durch den Anschluß an die Organisation ihre Lage gebessert werden kann. Was alle Organisationsarbeit und alle Agitation nicht fertig bringen konnte, das haben die Siegerländer Metallindustriellen in der letzten Zeit mit ihrem Verhalten gegenüber allen, auch den bescheidensten Forderungen der Arbeiter zuwege gebracht. Kollegen! Nützt diesen Moment aus! Jeder muß ein Agitator für unsere Sache sein. Ruhen wir nicht eher, bis daß auch der letzte Siegerländer Metallarbeiter den Weg in die Organisation gefunden hat.

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsluß ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzuliefern, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugzug fort.

Düsseldorf. Die Elfenbeinerei der Firma Schwarz ist für Former gesperrt.

Düsseldorf-Beurath. Die deutsche Maschinenfabrik ist für Dreher und Maschinenarbeiter aller Art gesperrt. **Schloß-Holte.** Auf der „Holter Elfenhütte“ (Inh. Dr. J. Tenge) stehen die Arbeiter im Streik. Zugzug von Beschlagschmieden, Schloßern, Formern und Hilfsarbeitern ist fernzuhalten.

Danzig. Auf der Seeschiffswerft F. Schläau ist Streik ausgebrochen. Zugzug von Handwerkern und Arbeitern aller Art nach Danzig und Elbing ist fernzuhalten.

Regensburg. Hier selbst stehen die Schlosser im Streik. Zugzug ist fernzuhalten.

Sendenhorst i. W. In den Sendenhorster Emailkerwerken sind Differenzen ausgebrochen.

Kauten. Auf dem Emailkerwerk der Firma Brang-Söhne stehen die Arbeiter im Streik. Zugzug ist fernzuhalten.

Menden-Börsperde. In der Drahtweberei und im Feinzug der Firma „Neuwalzwert“ sind Lohn Differenzen ausgebrochen. Zugzug von Drahtarbeitern aller Branchen ist fernzuhalten.

Dortmund. Der Arbeitsnachweis des Arbeitsgeberverbandes, Moritzgasse 1, ist für sämtliche Berufe gesperrt.

Siegen. Die Siegerländer Stahlröhrenwerke G. m. b. H. in Weidenau sind infolge erheblicher Alfordreduzierungen für die Arbeiter aller Berufe gesperrt.

Siegen. Ueber die Siegerländer Aktiengesellschaft für Eisenkonstruktion, Brückenbau und Verzinkeret ist die Sperre verhängt.

Siegen. Bei der Firma Peiper & Cie., Walzengießerei und Gießerei, stehen die Walzendreher im Streik. Zugzug von Walzendreher ist streng fernzuhalten.

Willingen, (Kreis Nees). Auf dem Pübbel- und Walzwerk Prinz-Leopold-Hütte stehen die Arbeiter wegen Lohnforderungen und Mißständen im Streik. Zugzug von Pübbelern und Walzwerksarbeitern ist fernzuhalten.

Berlin. Die hiesigen Bauklemperer stehen im Streik. **Hildesheim.** Bei der Firma Eduard Ahlborn, Molkereimaschinen und Gerätefabrik, Kühlanlagen, haben die Klemperer und Verzinker infolge Differenzen die Kündigung eingereicht. Zugzug ist fernzuhalten.

Barmen-Rittershausen. Sämtliche Arbeiter der Kettenfabrik von Köhler und Bovenkamp stehen im Streik. Zugzug ist fernzuhalten.

Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 18. Juni 1911 der fünfundzwanzigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 18. bis 24. Juni 1911 fällig

Aus dem Verbandsgebiet.

Essen. (i. und Wagenschmiede.) Eine öffentliche Versammlung der Fuß- und Wagenschmiede, einberufen vom christlichen Metallarbeiterverband, fand hier selbst am 27. Mai im Lokale „Zur Stadt Elberfeld“ statt. Kollege Gröne referierte über „Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Eisener Schmiedeberuf“. An der Hand von statistischem Material wies der Referent die verschiedensten Mißstände nach. Stundenlöhne von 37—40 Pfg. sind an der Tagesordnung. Tageslöhne von 4 bis 5,25 Mark werden in Essen bezahlt. Auch sind noch Wochenlöhne vorhanden von 19 bis 30 Mark. Die Arbeitszeit dauert täglich 10½ bis 11½ Stunden. Kopf- und Logiszwang wurde in einigen Fällen festgestellt. In einem Falle schlafen 7 Personen in 5 Betten; in einem anderen Falle 3 Personen in 2 Betten. Ferner wird über schlechte Wascheinrichtungen, mangelhafte Arbeitsstände ufm. gestlagt. Die Versammlung war einstimmig der Ansicht, daß die hiesige Schmiede-Zwangsinnung zu den verschiedenen Mißständen Stellung nehmen müsse.

Zum Schlusse wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die am 27. Mai im Lokale „Zur Stadt Oberfeld“ stattgehabte, vom christlichen Metallarbeiterverband einberufene öffentliche Schmiedeversammlung erklärt, sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Die Versammlung erwartet, daß die hiesigen Schmiedemeister: einen den veränderten Verhältnissen entsprechenden Lohn zahlen, überall die zehnstündige Arbeitszeit einführen, für Überstunden einen entsprechenden Zuschlag zum Lohn zahlen, Kost- und Logiswese, vollständig aufrechen, Wascheinrichtungen und Werkzeug beschaffen werden. Die Versammlung erblickt besonders in der Festsetzung eines Mindestlohnes eine gerechte, alte Forderung der hiesigen Schmiedegesellen. Die Vertreter der hier in Betracht kommenden Organisationen werden ersucht, mit der hiesigen Gewerkschaft der Schmiedemeister in Verbindung zu treten. Die Versammlung erwartet von den Berufskollegen, die der Organisation noch fernstehen, daß sie sich unverzüglich der gewerkschaftlichen Organisation anschließen.“ — Durch Einigkeit der Fuß- und Wagenschmiede wird das Erreichte werden, was dem einzelnen unmöglich ist.

Saarbezirk. (Grube Camphausen.) Wie notwendig und berechtigt die Forderungen sind, welche der christliche Metallarbeiterverband im Interesse der Grubenhandwerker, Maschinenisten und -Feizer an Minister und Abgeordnetenhaus gestellt hat, zeigen die nachfolgenden angeführten Löhne, welche im Monat Mai in der Werkstätte und im Maschinenfach auf Grube Camphausen ausgezahlt wurden:

Alter	Schichten	Lohn
24 Jahre	Feizer	28 78,40 Mk.
18 "	"	29 63,80 "
44 "	Dreher	23 116,-- "
33 "	Schreiner	25 124,-- "
24 "	Schmied	27 97,-- "
29 "	"	26 115,-- "
22 "	"	24 81,-- "

Die hier angeführten Löhne sind keine Ausnahmen, sondern Regel; wir könnten noch viele solcher Beispiele anführen, doch mögen die oben erwähnten für heute genügen. Daß mit solchen Löhnen der Arbeiter nur notdürftig sein Leben fristen kann, liegt auf der Hand. Wenn dann noch, wie es bei einem der angeführten der Fall ist, 20 Mark für Kapitalschulden (Haus) abgezogen werden, wie muß es da in einer solchen Familie hergehen! Aber auch für die jüngeren Kollegen ist der Lohn viel zu schlecht. Wer kann heute in unserem teuren Revier einen jungen Menschen von 18, 22 und 24 Jahren betätigen, kleiden, Logis und Taschengeld geben für 60-80 Mark? Das ernzige, was hoch steht bei dieser Aufstellung, das ist die Schichtenzahl. Viele Schichten, wenig Lohn, das ist das Los vieler Handwerker, Maschinenisten und Feizer auf den preussischen Staatsgruben an der Saar. Mit Schuld an diesen schlechten Verhältnissen sind die Kameraden, welche bisher von ihrem Koalitionsrecht keinen Gebrauch machten und glaubten die Beiträge „sparen“ zu dürfen. Hoffentlich sehen die Werkstättenarbeiter und Maschinenisten der königlichen Saargruben bald ein, daß die bestehenden mangelhaften Lohn- und Arbeitsbedingungen nur durch Mitarbeit aller in ihrer Organisation, dem christlichen Metallarbeiterverband, gebessert werden können.

Freiburg i. B. Sozialdemokratische Agitation. In welcher Weise die Genossen auf die Agitation gehen, beleuchtet das folgende, echt sozialdemokratische Kulturdokument, welches einem Vertrauensmann unseres Verbandes in Freiburg i. B. zugestellt wurde und das wir hier zur allgemeinen Erheiterung unserer Kollegen wörtlich zum Abdruck bringen wollen.

„Freiburg i. B., 10. 3. 1911.

Werter Kollege!

Heute Samstag Abend ist wider Schmiedeversammlung im Gleisanten wozu wir dich freundlichst einladen. Auch möchten wir dich ersuchen wenn es dir möglich ist auch die anderen Kollegen welche nicht mehr den Christlichen nachlaufen mitzubringen. Es hat ja bei Euch auch kürzlich einer das Gellensstück gemacht der könnte sich nun auch dem Verbanne anschließen. Die erst Christlichen wollen wir natürlich nicht bekehren die mögen ihrem Wahn nachlaufen.

(Stempel) Mit kollegialem Gruß

Die Ortsverwaltung.

Von dem Schreiber dieses kann man nur sagen: „Herr, verzeihe ihm, denn er weiß nicht, was er tut.“ Unsern Kollegen sollte diese echt sozialdemokratische Agitation aber ein Ansporn sein, auch ihrerseits energisch in die Agitation einzutreten und besonders die Kleinarbeit intensiv zu betreiben.

Reheim. Bei der hiesigen Firma „Metallwerke“, Aktien-Gesellschaft wird in letzter Zeit lebhaft Klage geführt über die ständigen Lohnreduzierungen und die willkürliche, stets schwankende Festsetzung der Akkordpreise durch die betreffenden Meister und Betriebsbeamten. Da das Unternehmen in punkto Dividende für die Aktionäre bisher in kaum befriedigender Weise gewirtschaftet haben dürfte, so versucht man auf alle mögliche Art, an den zum Teil recht niedrigen Löhnen der Arbeiter durch beständige Reduzierungen nun die lang ersehnte Dividende „herauszupipern“. Bereits im Dezember des vergangenen Jahres wurde die Arbeiterchaft bei der Betriebsleitung vorstellig und bat um Beendigung der Akkordreduzierungen und Herausgabe einer schriftlichen Festlegung der Akkordpreise. Die Direktion versprach den Wünschen der Arbeiter nachzukommen und versicherte, falls die betreffenden Arbeiter bei den jetzt bestehenden Akkordpreisen ihren alten Lohn nicht erreichen, solle wieder eine Aufbesserung erfolgen. Leider ist die Firma bis heute, trotzdem die Arbeiter wohlweislich vorstellig geworden, ihren Versprechungen nicht nachgekommen.

In letzter Zeit versucht man nun besonders bei neuangestellten Arbeitern ein sogenanntes Prämienystem einzuführen. Einzu besonders drastischen Fall dieser Art glauben wir der Öffentlichkeit nicht vorenthalten zu dürfen. Vor einiger Zeit wurde an den Revolverbänden der Dreher ein Arbeiter zu einem Lohn von 250 Mark pro Tag eingestellt. Außerdem sollte er für jedes hundert Stück Stopfbüchsen, die er täglich über Tausend lieferte, 15 Pfg. mehr erhalten. Für die Herstellung von je hundert Stück Kontur-Muttern über 450 Stück täglich sollte er einen Zuschlag zum Tagelohn von 30 Pfg. bekommen. Auf diese Art sollte es ihm, nach Kalkulation der Betriebsleitung möglich sein, täglich an 3,75 Mark zu verdienen. Der betreffende Arbeiter, welcher nebenbei bemerkt sich auch noch verpflichtet mußte, ein Jahr für den auf

die angegebene Weise zu verbienenden Lohn zu arbeiten, machte den Versuch. Aber das Resultat war ein herart flüchtiges, daß er in kurzer Zeit wieder dem Betriebe den Rücken kehrte. Einzelne schon länger dort beschäftigte Arbeiter haben ebenfalls den Betrieb verlassen, andere sind durch Krankheit, besonders Lungenleiden, an der Ausübung ihrer Tätigkeit gehindert. Alles dieses besonders der letztere Umstand sollte der Direktion doch einleuchtend machen, daß die Leistungsfähigkeit der Arbeiter schließlich auch ein Ende hat und es endlich an der Zeit wäre eine gewisse Stabilität in den Akkordpreisen eintreten zu lassen, nach welchen es den Arbeitern möglich wäre, einen auskömmlichen Lohn zu verdienen. Den beteiligten Arbeitern aber möchten wir auch an dieser Stelle die Mahnung zurufen, die Solidarität und Einigkeit im christlichen Metallarbeiterverband hochzuhalten und für die weitere Stärkung unserer Reihen nach Kräften Sorge zu tragen. In Zukunft wird es dann auch den Arbeitern der „Metallwerke“ möglich sein eine Besserung ihrer Verhältnisse herbei zu führen.

Fierlohn. Ueberall dort, wo die Arbeiter der gewerkschaftlichen Organisation zum überwiegenden Teile noch gleichgültig gegenüber stehen, sind auch die Lohn- und Arbeitsverhältnisse nicht die besten; das zeigt sich so recht hier in Fierlohn und Umgebung. Noch vor kurzem haben wir uns an dieser Stelle den Lohnerhältnissen der Riedelfabrik beschäftigt; dieses Mal ist es das Verhalten des Herrn P. in Firma Pich u. Schult, welches zur Kritik Veranlassung gibt. Ein Arbeiter genannter Firma hatte eine Sorte eiliger Schläffer in Arbeit, war aber gewisser Umstände halber genötigt zwei Tage zu feiern. Die Arbeit sollte nun ein anderer Arbeiter fertig stellen, jedoch wurde diesem nicht gesagt, daß die Schläffer noch abgehen sollten, weshalb der sie seinem Gehilfen in Arbeit gab. Am Samstag, den 13. Mai kam nun Herr P. und fragte an, ob die Schläffer noch runter könnten. „Ich glaub' doch“, erwiderte der betr. Kollege. Nachmittags gegen 5 Uhr erscheint Herr P. wieder und fragt, ob die Schläffer unten seien. „Nein“, war die Antwort. Darauf entspann sich der folgende bezeichnende Dialog: Herr P.: „Habe Dir doch gesagt, die Schläffer sollten noch weg.“ Der Arbeiter: „Das ist nicht gesagt worden.“ Herr P.: „Drei bis vier Mal habe ich es gesagt, man sollte euch aus der Hütte werfen.“ Der Arbeiter: „Nein, Herr P. . . . Sie haben es mir nicht gesagt.“ Herr P.: „Ach Du dummes Vuder!“ Der Arbeiter: „Herr P. . . . ich verbitte mir das.“ Herr P.: „Was, noch Widerrede! Du kannst mit 14 Tagen aufgehören.“ Der Arbeiter: „Ist gut, dann geht mein Bruder auch mit.“

Vergleichen Apostrophierungen der Arbeiter sollen übrigens bei Herrn P. gang und gäbe sein. Wünsche, wie „Hals zerbrechen!“ „Trotzungen wie „Wude rauswerfen!“ und Titulaturen wie „Schafstopp“, „Fischer“, „dummes Vuder“, „unverschämter Patron“, und andere, hier nicht wiederzugebende hört man des öfteren. Daß auch die Lehrlinge — und besonders deren Eltern — die „fördernde“ Hand des Herrn P. aus der Erfahrung heraus kennen, sei hier nur nebenbei registriert. Wir erinnern nur daran, daß vor mehreren Jahren unter der Hand des Herrn P. ein Paar Lehlingssohrlappen sogar äußerlich zu Schanden kamen und der Betreffende, der auch noch sonstige Spuren der „Behandlung“ an sich trug, mehrere Tage arbeitsunfähig war.

Kollegen von Fierlohn! Wollt ihr noch länger eine solche Behandlung über euch ergehen lassen; wollt ihr euch noch länger zum Spielball launiger Herrschaften hergeben? Wir glauben, eure Standes- und Menschenere sagt euch: Nein! und abermals nein! Eine Aenderung in dieser Hinsicht kann und wird aber nur eintreten, wenn ihr selbst mit Hand anlegt und euch zur Wahrung eurer vitalsten Interessen der gewerkschaftlichen Organisation anschließt. Nur der hat ein Recht zur Kritik, der auch gewillt ist, an der Beseitigung der Mißstände mitzuwirken. Genieß, die Organisation erfordert auch Opfer, aber diese Opfer kommen der Arbeiterschaft wieder hundertfach zugute. Deshalb rafft euch auf und tretet Mann für Mann einer Organisation, dem christlichen Metallarbeiterverband bei. Nur durch eine solche Organisation können auch in Fierlohn bessere Zustände geschaffen werden — und die erstreben wir doch alle. Also, tut nur auch alle unsere Pflicht und beherzigen wir das Wort: „Ohne Recht, ein Knecht; ohne Pflicht, ein Nicht!“

Briefkasten.

An Mehrere. Wegen Stoffmangel mußten eine Anzahl Einwendungen für die nächste Nummer zurückgestellt werden. — Die für die Redaktion bestimmten Mitteilungen sind selbstredend auch an die Hauptgeschäftsstelle Duisburg Seitenstr. 17 zu senden.

Sterbetafel.

- Nachen.** Am 14. Mai starb unser langjähriger und treuer Verbandskollege Josef Rentmeister im Alter von 58 Jahren an den Folgen einer Lungenkrankheit.
- Worms.** Am 30. Mai starb unser treuer Kollege und früherer Vorsitzender Johann Lottermann, z. Zt. beim Militär, im Alter von 23 Jahren an Herzschwäche.
- Sterkrade.** Am 12. Mai starb unser Kollege und früherer Vertrauensmann Heinrich Schult im Alter von 50 Jahren an Lungenentzündung.
- Düren.** Am 25. Mai starb unser Kollege Math. Bein im Alter von 44 Jahren infolge Nagen- und Leberleidens.
- Essen.** Am 5. Juni starb unser Kollege Wilhelm Becker im Alter von 18 Jahren infolge eines Unglücksfalles.

Ehre ihrem Andenken!

Beraminungs-Kalender.

Kollegen und Kolleginnen!
Versamt ohne triftigen Grund keine Versammlung!
Bremen. Unsere Mitglieder-Versammlungen finden von jetzt ab im Colosseum, Döhrenstr. 1 statt. — Am 27. Juni, abends 8 1/2 Uhr öffentliche Metallarbeiter-Versammlung. Referent: Kollege Arbeiteriet. Giffing-Bochum Thema: „Die christlich-nationalen Arbeiter im Kampfe um ihre wirtschaftlichen Interessen und Ideal.“ Das Erscheinen aller Kollegen ist Ehrensache; Anorganisierte mitbringen.

- Daglauden.** Sonntag, den 18. Juni, nachmittags 3 Uhr im „Fisch“ Sektionsgründung mit Vortrag des Kollegen Thelen-Rannheim. Die Kollegen von Karlsruhe werden um zahlreichere Beteiligung gebeten.
- Dortmund-Hombruch-Barop.** Sonntag, den 18. Juni Gewerkschaft im Jägerhof. Vollständige Beteiligung unserer Kollegen wird erwartet. Redner Kollege Steiner-Essen.
- Dortmund-Werne.** Versammlung am 18. Juni, abends 5 Uhr bei Tellenbora.
- Dortmund-Cörne.** Sonntag, den 18. Juni, vorm. 11 Uhr Versammlung bei Drees, Kaiserstraße 204.
- Dortmund-Derne.** Sonntag, den 18. Juni, vorm. 11 Uhr Versammlung bei Nagel.
- Duisburg.** Sonntag, den 25. Juni, morgens 11 Uhr Mitglieder-Versammlung mit Vortrag bei Giesen, Wanneheimerstraße 88.
- Duisburg-Beck.** Sonntag, den 18. Juni, morgens 11 1/2 Uhr Mitglieder-Versammlung bei Zinner.
- Duisburg-Rheinhausen.** Sonntag, den 18. Juni, abends 7 1/2 Uhr Mitglieder-Versammlung bei Meiß.
- Düsseldorf-Verath.** Samstag, den 17. Juni, abends 9 Uhr Versammlung bei Lampenscher, Mittelstraße.
- Düsseldorf-Gerresheim.** Sonntag, den 25. Juni, vormittags 11 Uhr Versammlung im Lokale „zum roten Fahn“.
- Düsseldorf-Bilk.** Samstag, den 24. Juni, abends 9 Uhr Versammlung bei Menninger, Bilk-Wee.
- Düsseldorf-Heerdt.** (Handweiser). Sonntag, den 25. Juni, vormittags 11 Uhr Versammlung bei Schmidt, am Handweiser.
- Düsseldorf-Rath.** Sonntag, den 25. Juni, vormittags 11 Uhr Versammlung bei Schülten, Mänkerstraße.
- Düsseldorf-Oberbilk.** Sonntag, den 25. Juni, vorm. 11 Uhr Versammlung bei Fiedler, Köhlerstraße.
- Essen-Steels-Krag.** Sonntag, den 17. Juni, abends 8 1/2 Uhr Mitglieder-Versammlung im Restaurant Freitag, Grenzstraße in Krag.
- Essen-Jugendklasse.** Sonntag, den 18. Juni, nachm. 3 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus Frohnhauserstraße 19 Zusammenkunft aller Mitglieder, welche in den Sektionen Stoppenbera, Nord-Dr., Segeroth, Mittenheid, Stadt und Altenessen wohnen. Gäste mitbringen.
- Essen-Altenessen.** Sonntag, den 18. Juni, vormittags 11 Uhr Mitglieder-Versammlung bei Wink, Altenesserstraße 299.
- Essen-Altenessen.** Sonntag, den 18. Juni, abends 7 Uhr bei Esser, Hammerstraße, Versammlung mit Vortrag.
- Essen-Robert-Schönebeck.** Sonntag, den 18. Juni, vorm. 11 Uhr Mitglieder-Versammlung bei Mühlhoff, Germania-Platz.
- Essen-Frohnhausen.** Sonntag, den 18. Juni, vorm. 11 Uhr Mitglieder-Versammlung bei Polak, Frohnhauserstr.
- Essen-Frohnhausen.** Sonntag, den 18. Juni, vorm. 11 Uhr Mitglieder-Versammlung bei Buchner, Hobelienstraße.
- Essen-Frohnhausen.** Sonntag, den 18. Juni, vorm. 11 Uhr Mitglieder-Versammlung bei Staditrop, Steelerstraße.
- Essen-Kellinghausen.** Sonntag, den 18. Juni, vorm. 11 Uhr Mitglieder-Versammlung bei Schroer, Frankenstraße.
- Essen-Stadt.** Sonntag, den 18. Juni, vorm. 11 Uhr Mitglieder-Versammlung im „Gewerkschaftshaus“, Frohnhauserstraße 19.
- Essen-Stoppenberg.** Sonntag, den 18. Juni, vorm. 11 Uhr Mitglieder-Versammlung bei Th. Rordt, Hallestraße.
- Essen-Werden.** Sonntag, den 18. Juni, vormittags 11 Uhr Mitglieder-Versammlung bei Fiedler, Bornstraße.
- Flensburg.** Donnerstag, den 22. Juni, abends 8 1/2 Uhr im Restaurant „Nordischer Hof“ außerordentliche Mitglieder-Versammlung. Ref.: Stadtdirektor und Arbeitersekretär Kollege Giffing-Bochum. Unorganisierte und Freunde mitbringen.
- Gladbek.** Samstag, den 24. Juni, abends 7 1/2 Uhr bei Rorpot (Christliches Gewerkschaftshaus).
- Gelsenkirchen-Neckendorf.** Sonntag, den 18. Juni, vormittags 11 Uhr bei Vatter.
- Hattlagen.** Versammlung am Samstag den 17. Juni, abends 8 1/2 Uhr bei Hauner, Bruchstraße.
- Horst-Emischer.** Samstag, den 17. Juni, abends 8 Uhr bei Daffino.
- Hannover.** Samstag, den 24. Juni, abends 8 1/2 Uhr außerordentliche Mitglieder-Versammlung in Linden, Konradstraße 14. Alle erscheinen.
- Fierlohn.** Sonntag, den 18. Juni, nachmittags 2 Uhr Abmarsch nach Sömmern. Für Fahrgelände von Sömmern wurde ist festgelegt.
- Kiel.** Mittwoch, den 21. Juni, abends 8 1/2 Uhr im Hotel zum Landhaus, Adelsheidstr. 24-26 öffentliche christliche Gewerkschafterversammlung mit Vortrag des Kollegen Arbeiteriet. Giffing-Bochum über: „Die christlich-nationalen Arbeiter im Kampfe um ihre wirtschaftlichen Interessen und Ideale.“
- Köln-Chrenfeld.** Samstag, den 17. Juni, abends punkt 9 Uhr Mitglieder-Versammlung bei Kornhöfer, Reppelerstraße.
- Köln-Deuz.** Sonntag, den 18. Juni, morgens 11 1/2 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Lokale „zur Krone“, Freiheitstr. Alle erscheinen.
- Köln-Kalk.** Sonntag, den 18. Juni, morgens mit Familienangehörigen per Schiff. Sonntag, den 25. Juni, morgens 11 Uhr Mitglieder-Versammlung bei Söntgensberg, Breuerstr. Kein Kollege darf fehlen.
- Köln-Voll.** Sonntag, den 18. Juni, morgens 11 Uhr Versammlung bei Kackhaber.
- Köln-Gumboldt-Kolonie.** Samstag, den 24. Juni, abends punkt 9 Uhr Mitglieder-Versammlung bei Gut, Wattstraße.
- Köln-Lindenthal.** Samstag, den 17. Juni, abends punkt 9 Uhr im Lokale Söbeler, Bachemerstr. Gewerkschafterversammlung.
- Köln-Buchheim.** Sonntag, den 18. Juni, morgens 11 Uhr Versammlung bei Busch, Frankfurterstr. Jeder Kollege muß erscheinen.
- Köln-Dellbrück.** Sonntag, den 18. Juni, morgens 11 Uhr Versammlung bei Kackhaber.
- Köln-Rath-Genmar.** Sonntag, den 25. Juni, mittags 1 Uhr Versammlung bei Klein.
- Köln-Brühl.** Sonntag, den 18. Juni, morgens 11 Uhr Versammlung.
- Köln-Siblar.** Dienstag, den 20. Juni, abends 8 Uhr Versammlung im „Deutschen Kaiser“, bei Wirt Hubert Verich. Mitgliederbuch mitbringen. Freunde willkommen.
- Ludwigsbürg.** Jeden 4. Samstag im Monat, abends 1/9 Uhr bei Weinmann.
- Menden.** Sonntag, den 18. Juni, vorm. 11 Uhr Versammlung mit wichtiger Tagesordnung. Im 3. Bezirk bei Wwe. Oberkamp, im 5. Bezirk bei Kreiler, Kleesberg. Die Kollegen des 1., 2. und 4. Bezirkes treten am gleichen Tage, voru. 10 Uhr bei Bodenlein zur Hausagitation an.
- Menden-Sömmern.** Sonntag, den 18. Juni, nachmittags 4 Uhr bei Sondermann Versammlung mit Vortrag. Unorganisierte sind mitzubringen.
- Menden-Holzen.** Sonntag, den 18. Juni, nachmittags 1 Uhr bei Rathhoff wichtige Versprechung. Es werden sämtliche Kollegen um ihre Ercheinere ersucht.
- München.** (Sektion der Sprengler.) Dienstag, den 27. Juni, abends 8 Uhr Brandensversammlung der Sprengler und Installateure im Gasthaus „Leopoldstadt“, Senefelderstr. 11 1/2.
- München.** Samstag, den 17. Juni, abends 8 Uhr im Gasthaus „Leopoldstadt“ Senefelderstraße 11 1/2, Delegierten- und Vertrauensmänner-Versammlung.
- Reheim.** Sonntag, den 18. Juni, nachmittags 2 Uhr Monats-Versammlung im Gellenshaus.
- Delbe.** Am 18. Juni findet hier selbst eine große christlich-nationale Arbeiter-Rundgebung statt. Als Redner sind die Kollegen Reichstags-abgeordnete Giesberts und Behrens und Verbandsvorsitzender Wiewer gewonnen. Die Kollegen aus den Jahreshellen und Vereinen zwischen Damm und Bielefeld mögen sich am Arbeitertag in Delbe recht zahlreich beteiligen.
- Werk.** Samstag, den 17. Juni, abends 8 1/2 Uhr Versammlung bei Wiethoff. Unorganisierte mitbringen.
- Witten.** Sonntag, den 18. Juni, vorm. 11 Uhr Versammlung bei Rüdde, Auguststraße.